

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet.

## Sonnabend, den 29. Juni, findet die nächste allgemeine Zählung der Arbeitslosen statt. Kein Kollege darf übergangen werden!

### Meidet den Schnaps.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei wendet sich mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft, den wir mit dem Wunsche weitergeben, daß er auch von unseren Kollegen beherzigt werden möge:

Vom Leipziger Parteitag, der im September 1909 stattgefunden hat, ist die folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

„Die von der agrarisch-kerikal-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil der durch die wahnsinnige Nüftungspolitik verursachten Einnahmen des Reichs den Schultern der Ärmsten aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingierungspolitik auch fernerhin ein jähelicher Extraprofit von über 50 Millionen Mark zugesichert werden. Um dieser verbrecherischen Volksausbeutung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuss verursachten und geförderten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweingenuss zu meiden. Die Parteiorganisationen und die Parteipresse werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.“

Der Kampf gegen den Branntwein ist erfreulicherweise von großem Erfolg gewesen. Wie aus der amtlichen Statistik klar hervorgeht, ist der Schnapskonsum ganz erheblich zurückgegangen! Diese Wirkung wird noch größer werden, sobald erst der Einfluß der klassenbewußten Arbeiterschaft in denjenigen Bezirken wächst, in denen der Schnapskonsum am größten ist.

So groß unsere Freude über den Erfolg der Kriegserklärung gegen den Schnaps, so groß ist der Schmerz der Schnapsbrenner, die um so bessere Geschäfte machen, je mehr vor ihrem Fusel getrunken wird.

In breiter Ablehnung der Gesundheitsgefährdungen, die mit dem Schnapskonsum verbunden sind, ging ihr Bestreben darauf aus, unter allen Umständen ihren Profit zu retten. Wenn sie vor kurzem im Reichstage der Regierungsvorlage zustimmten, die scheinbar die Steuergabe beseitigte, um den verbündeten Regierungen die Mittel zur Deckung der neuen Heeres- und Marinevorlagen zu schaffen, so sollte das Sand in die Augen des Volkes sein. Denn die Steuergabe ist in Wirklichkeit nicht beseitigt, sondern nur verschleiert worden. Da die Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und den Vergällungsmanus aufrecht erhalten worden sind, so wurden die großen Brenner wieder aus den Kassen der Allgemeinheit in ungeheurerlicher Weise begünstigt. Worauf das jetzt angenommene Gesetz hinausläuft, hat ein sozialdemokratischer Redner im Reichstage wie folgt dargestellt:

„Es ist ein offenes Geheimnis in den Fachkreisen, daß dieses Gesetz noch eine neue Preissteigerung durch die Spirituszentrale bringen wird, und daß man bereits von einem festen Satz von M. 12 spricht, den als Preissteigerung die Zentrale ins Auge gefaßt hat. Es ist ein Raub an den Vermögen der Armen, den sie begehen; denn diese Verelendeten, die zum Schnaps greifen, müssen wieder die neuen Abgaben, die durch das Gesetz entstehen, zahlen, und die Reichskasse gibt bereitwillig 16 Millionen her für die Brennerinteressen, nicht für das Publikum, das den denaturierten Spiritus verbraucht, sondern für die Brenner. . . Bekämen sie

die 16 Millionen nicht, der Spiritus würde doch billiger werden. Und deshalb haben wir verlangt, daß die Veteranen des Krieges und die Veteranen der Arbeit diese 16 Millionen bekommen; aber die Herren, die Kammersatten, geben keinen Pfennig dafür her.“

Es stellt sich die angelegliche Abschaffung der Steuergaben für die Schnapsbrenner in Wirklichkeit also dar als eine weitere Ausplünderung der Armen, die der irdigen Meinung sind, auf den Schnapsgegniß nicht gänzlich verzichten zu können.

Arbeiter in Stadt und Land! Gebt den Schnapsbrennern und den ihnen gefügigen verbündeten Regierungen die einzig richtige Antwort auf ihr Verlangen. Der Leipziger Beschluß muß noch eifriger propagiert werden als bisher. Verkündet es immer wieder in Dorf und Stadt: Wer Schnaps trinkt, schädigt seine Gesundheit und fördert seine bössartigen Feinde, die preußischen Junker.

### Zentralschiedsgericht.

Schon in der letzten Nummer wiesen wir darauf hin, daß die Erörterung geschäftlicher Angelegenheiten in dieser Sitzung des Zentralschiedsgerichts sehr viel Zeit in Anspruch nahm und daß auch der einzige, am ersten Tage zur Verhandlung gekommene sachliche Streitfall erst nach langen und heftigen Auseinandersetzungen der Parteivertreter erledigt werden konnte. Ebenso schleppend war auch der weitere Gang der Verhandlungen; so daß in fünf Tagen von 42 Streitpunkten nur 29 durch Schiedspruch erledigt werden konnten. Die Unternehmervertreter im Zentralschiedsgericht stritten um die kleinsten Kleinigkeiten oft Stundenlang. Am fünften Sitzungstage packten sie dann einfach ihre Koffer und reisten nach Hause, so daß der Rest der Streitfälle nicht erledigt werden konnte. Ein Beweis, wie wenig Recht die Unternehmer und ihre Presse vorher zu der Behauptung hatten, die Arbeiter suchten die Erledigung der Beschwerden zu verschleppen.

Die größte Bedeutung kommt wieder einigen prinzipiellen Entscheidungen zu. Als solche ist zu betrachten die Entscheidung über Nichtabdingbarkeit der Tarifverträge. Die Zeitung des mecklenburgischen Unternehmerverbandes wies, wie auch andere Unternehmerverbände, die Unternehmer wiederholt zur Abdingung der Verträge an, um unangenehme Verpflichtungen nicht erfüllen zu brauchen. So wurden zum Beispiel, um die Bezahlung des Landgeldes zu sparen, unsere Kollegen an manchen Orten abends pro Forma entlassen und ihnen gleich mitgeteilt, sie könnten am andern Morgen an einem andern Orte wieder anfangen, müßten aber, da sie am Arbeitsorte eingestellt seien, auf die Bezahlung des Landgeldes verzichten. Das war natürlich eine unzulässige Umgehung der Verträge. Das Schiedsgericht entschied denn auch, daß das Abdingen von Tarifverträgen in jeder Form unzulässig ist.

Manche Unternehmer und Unternehmerverbände suchten gegen Entscheidungen der Tarifinstanzen, die ihnen nicht genehm waren, die ordentlichen Gerichte anzurufen, obwohl es beim Abschluß der Verträge ausgesprochene Wille der Vertragsparteien war, daß alle Differenzen durch die Tarifinstanzen geregelt werden sollten und die Anrufung der ordentlichen Gerichte und die Erhebung von Schadenersatzforderungen unterbleiben müßten. In einem Falle, Brandenburg, ist zum 22. Juli vor dem Landgericht Potsdam bereits Termin anberaumt.

Unser Verbandsvorstand beantragte gegen diesen Unfug folgende Entscheidung: „Die Zentralvorstände sind verpflichtet, ihre Mitglieder und Unterverbände nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß Klagen bei den ordentlichen Gerichten gegen Entscheidungen der Tarifinstanzen unzulässig sind. Wenn trotzdem solche Klagen anhängig gemacht werden, so stellen sich die Mitglieder resp. Unterverbände außerhalb des Vertrages.“ Der Verbandsvorstand des Zentralverbandes der Zimmerer hat dem Sinne nach den gleichen Antrag gestellt und noch besonders ausgesprochen: „Es ist hierbei gleichgültig, ob die Gerichte von dem Arbeitgeberbund selbst oder von seinen Unterverbänden oder von einzelnen Mitgliedern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe angerufen sind. Der Arbeitgeberbund hat die Pflicht, solche Klagen seiner Mitglieder und Unterverbände mit allen Mitteln zu verhindern.“ Das Zentralschiedsgericht hat sich grundsätzlich auf den Standpunkt dieser Anträge gestellt und entschieden: „die Inanspruchnahme der ordentlichen Gerichte gegen die Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts widerspricht dem Tarifvertrag und ist daher unzulässig.“

Darüber, wer nach § 3 Abs. 2 des Hauptvertrages als am Afford beteiligt gelten soll, wurde zu den bereits vorliegenden Entscheidungen 145 und 207 des Zentralschiedsgerichts noch eine ergänzende Entscheidung gefällt. Von unserem Söbner Gauvorstand war beantragt worden: „Als Beteiligte am Afford im Sinne des Hauptvertrages, § 3 Absatz 3, und der Entscheidung Nr. 145 und 207 des Zentralschiedsgerichts gelten auch a) die Arbeiter, die vor Beendigung der Affordarbeit das Arbeitsverhältnis aufgeben, und b) solche, die an einer Arbeit beschäftigt werden, für die ein einzelner — Kolonnen- oder Partieführer usw. — mit dem Arbeitgeber persönlich einen Affordvertrag abschloß.“

Das Zentralschiedsgericht hat diesen Anträgen zugestimmt. Es steht nunmehr außer Zweifel, daß Arbeiter, die im Sinne des Hauptvertrages § 3 Abs. 3 an der Affordarbeit beteiligt sind, auch dann am Abschluß teilnehmen, wenn sie das Arbeitsverhältnis vor Beendigung freiwillig aufgeben. Die Berechnung des Anteils des einzelnen soll nach Feststellung der gesamten Arbeit und nach dem Verhältnis der geleisteten Arbeitszeit erfolgen. Der Schiedspruch spricht aber auch aus, daß, wenn ein einzelner den Affordvertrag abschließt (Partie- oder Kolonnenführer, ein Voller usw.), alle Mitarbeitenden als am Afford Beteiligte zu betrachten sind.

Einen sehr sonderbaren Standpunkt hat das Zentralschiedsgericht in einem Fall eingenommen, der aus dem Vertrag für das Nürnberger Kieselgewerbe entspringt. Dort sind eine Anzahl Orte aufgeführt, für die Jahrgeld zu bezahlen ist. Außerdem ist festgelegt, daß für alle Orte, die 4 km in der Distanz über einen bestimmten Punkt der Stadt hinausliegen, gleichfalls Jahrgeld zu zahlen ist. Die Unternehmer wollten nun für Orte, die im Verträge namentlich aufgeführt, aber weniger als 4 km von dem Mittelpunkt entfernt sind, kein Jahrgeld zahlen, weil sie der Meinung waren, daß diese Orte zu Unrecht im Vertrag aufgeführt worden waren. Die zweite Instanz hat den Unternehmern Recht gegeben. Da ihre Entscheidung endgültig sein sollte, legte unser Nürnberger Zweigverein keine Beschwerde ein, erklärte aber den Unternehmern, daß er sich dem Spruch der zweiten Instanz nicht fügen werde. Auf die Beschwerde der Unternehmer, gegen die Nichtbefolgung des unrichtigen Schieds-

Pruches durch uns bestatigte das Zentralschiedsgericht den Spruch der zweiten Instanz. Es hat also, obwohl es in der gleichen Sitzung feststellte, daß Verträge nicht abdingbar sind, den Vertrag für das Nürnberger Kieselengemerbe selbst abgedungen, indem es aussprach, daß für Orte, für die im Vertrag die Vergütung des Fahrgeldes ausdrücklich vorgeschrieben ist, kein Fahrgeld bezahlt zu werden braucht. — Gegen diesen Spruch des Schiedsgerichts haben alle Arbeitervertreter einen schriftlichen Protest zu den Akten eingereicht, und es ist anzunehmen, daß sich das Schiedsgericht noch einmal mit der Sache beschäftigen wird. Andernfalls dürfte nichts dagegen einzuwenden sein, wenn unsere Nürnberger Kieselengemerbe von dem für sie nur noch zum Teil gültigen Vertrag zurücktreten.

Im Falle Nordenskiöld hat das Zentralschiedsgericht entschieden, daß der Vertrag immer noch besteht, obwohl dort unsere Kollegen schon ein halbes Jahr ausgepersert sind. Sowohl die Arbeiter wie die Unternehmer hätten sich Vertragsbrüche zuschreiben lassen. Die Unternehmer wurden verpflichtet, die Auslieferung auszugeben.

In Duldorf ist der Vertrag von keinem Organisationsvertreter, sondern von jemand unterzeichnet worden, der dazu keinen Auftrag hatte. Das Schiedsgericht hat die Sache zur Verhandlung an die örtliche Instanz zurückverwiesen. — Für Höhe sollen die örtlichen Organisationen und die zuständigen Gauleiter versuchen, den Vertrag bis 30. Juni abzuschließen. Bleibt dieser Versuch ergebnislos, so soll in Berlin eine aus Herrn v. Schulz und drei Parteivertretern bestehende zweite Instanz in der Sache verhandeln und entscheiden. — Auf Antrag der Unternehmer des Landesverbandes Esch-Lothringen hat das Schiedsgericht beschlossen, daß der Tarifvertrag für alle Arbeitsstätten im Vertragsgebiet gelten soll. — Die Klagen der Arbeiter und Unternehmer in der Streitfrage der Betonfirma Kunz & Söhne in Höchst a. M. hat das Schiedsgericht nicht behandelt, da es sich zur Entscheidung der Frage, ob in Höchst a. M. die Betonarbeiten zu den örtlichen Arbeiten im Sinne des § 4 des Vertrages gehören, für unzuständig hielt. Die Frage, ob die Vorinstanz richtig oder falsch entschieden hat, bleibt demnach offen.

Mit diesen kurzen Darlegungen müssen sich unsere Kollegen vorläufig begnügen; sobald die Schiedssprüche mit den Begründungen vorliegen, werden wir sie veröffentlichen. — Die nächste Sitzung des Schiedsgerichts soll, der getroffenen Vereinbarung gemäß, am 9. Juli stattfinden.

### Ein Beitrag zur französischen Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterklasse der französischen Industriestädte und -zentren war bereits sehr früh auf den Plan getreten, um sich ihrer Haut zu wehren. Aber alle die prächtigen Anfänge einer selbständigen Arbeiterbewegung wurden mit einem Schlag zunichte gemacht durch den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges. Als die Pariser Arbeiterkommune von der französischen Armee unter Begünstigung des deutschen Heeres niedergeschlagen war, nachdem die herrschenden Klassen der beiden Länder Frieden geschlossen hatten, war alle jene Arbeit vernichtet, die die Industriearbeiterklasse mit großem Fleiß geleistet hatte. Viele Tausende der intelligentesten und tüchtigsten Arbeiter waren, abgesehen von jenen, die im Kriege selbst gefallen waren, von den Truppen des eigenen Landes erzwungen worden, um die wackelig gewordene Herrschaft der bestehenden Klasse wieder zu befestigen. Bei diesem großen materiellen Verlust an Gut und Blut konnte das Land auch geistig und kommerziell nicht mehr die Stellung behaupten, die es vordem eingenommen hatte. Die herrschende Klasse, die damals erst am Anfang einer neuen kapitalistischen Entwicklung stand, wurde in ihrem weiteren Aufstieg ganz gewaltig gehemmt. Und der Stillstand, der im geistigen und kommerziellen Leben eintrat, blieb natürlich nicht auf die herrschende Klasse beschränkt, sondern er zog auch die Arbeiterklasse stark in Mitleidenschaft. Die industrielle Unternehmungslust blieb ungedeutet und unentwickelt. Die einheimische besitzende Klasse schickte ihr überschüssiges Kapital ins Ausland und begnügte sich mit den sicheren Renten. Die einheimische Großindustrie wurde nicht genügend genährt. So wurde der selbständigen Arbeiterbewegung der Boden entzogen, aus dem sie ihre Nahrung, die Stoffe zu ihrem Aufbau nehmen konnte.

Während dieser Zeit war jedoch außerhalb Frankreichs die kapitalistische Entwicklung nicht stillgestanden. In Deutschland ging sie mit großen Schritten vorwärts. Die politischen Schwanten, die einer großzügigen Entfaltung des Kapitalismus im Wege standen, wurden zerbrochen; die Verluste an Gut und Blut, die der Krieg mit sich brachte, waren schnell überwunden. Die schwersten Opfer hatten ja die Arbeiter zu tragen gehabt; ihre Kraft als selbständiger Faktor konnte sich nicht so schnell wieder sammeln, so daß sich der Kapitalismus ziemlich ungehindert entfalten konnte. Erst die weitere Entwicklung der Industrie brachte die selbständige Arbeiterbewegung wieder

in Fluß, die durch den Ausbruch des Krieges gehemmt und zum Teil stillgelegt war. Das Ausnahmeregime, das man gegen die junge Bewegung erließ, bewirkte, daß sich die Energie der Klassenbewussten Arbeiter, die sich öffentlich nicht entfalten konnte, im geheimen entfaltete. Die junge Bewegung wurde in etwas an ihrer räumlichen Ausdehnung gehemmt, dafür aber auch zur Klärung der Anschauungen und zur Läuterung der Grundtatsachen gezwungen. Die Berufsvereine, die sich nicht zentralisieren durften, entwickelten ihre Kampfkraft im örtlichen Rahmen. Hier brauchten die Arbeiter keine allzu großen persönlichen Opfer zu bringen, und es fiel ihnen nicht allzu schwer, sich den Beschlüssen der örtlichen Berufsgruppe unterzuordnen. Der Personentreis, den diese Gebilde umfassen, war nicht sehr groß, so daß sich jeder Arbeiter ziemlich schnell und gründlich mit den Beschlüssen der Gruppe vertraut machen und deren Tragweite leicht übersehen konnte. So wurde der lokale Berufsverein durch die Strangulierungsversuche der damaligen Gewalthaber zu einer Vorstufe für eine höhere Einheit der Organisation, der sich die so vorgefundenen Arbeiter nach dem Fall des Ausnahmeregimes anschließen konnten, ohne daß der einzelne seine Unterordnung unter den Willen der Gesamtheit als großes individuelles Opfer empfand.

Sehr wichtig für die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften war zweifellos auch die ihnen aufgezwungene parteipolitische Neutralität. Indem in den Gewerkschaften keine politische Propaganda betrieben werden durfte, waren die Gewerkschaften von Anfang an gezwungen, sich nur um die Verbesserung der den Arbeitern am nächsten liegenden Verhältnisse zu kümmern, ihre Kraft auf Dinge zu konzentrieren, die jeder normale Arbeiter verstehen konnte und für die er sich darum auch interessierte. Daß die weitestgehenden der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Sozialisten waren und außerhalb der Gewerkschaften, besonders im persönlichen Verkehr mit den Kollegen auf den Arbeitsstellen, die sozialistischen Ideen propagierten, war natürlich ein weiterer Vorteil für die proletarische Gesamtbewegung. So wuchsen die wirtschaftlichen und politischen Organisationen des deutschen Proletariats getrennt voneinander auf, während sie doch von Anfang an eine ideale Einheit waren. Wenn sich die einen Organisationen mehr ausbreiteten als die andern, so lag das daran, daß sie um näherliegende Ziele kämpften und keine besonders hohe Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse voraussetzten. Und während sie um die nächstgelegenen Ziele kämpften und sich von allen außer ihrem Wirkungsbereich liegenden Dingen fernhielten und fernhalten mußten, hatten sie Zeit und Gelegenheit, sich Schritt für Schritt gründlich einzuarbeiten und die breiten Massen mit dem Zweck und Wesen der Arbeiterbewegung vertraut zu machen. Sie lebten sich allmählich in das Wesen der Organisation ein und verwurzelten in ihr, mit ihr. Bei alledem lernte man seine Kraft richtig abzuschätzen. Man traute den Massen nicht Aufgaben zu, denen sie nicht gewachsen waren. So gab es weder überhöchliche Hoffnungen noch große Enttäuschungen, durch die Mißmut, Verzweiflung und Mißtrauen Platz greifen und die die Arbeitsfreudigkeit des einzelnen lähmen. Man arbeitete so, daß ein stetiger und sicherer Aufstieg möglich war.

Während dieser Zeit der praktischen Selbstbildung der deutschen Arbeiterklasse befand sich die französische Arbeiterbewegung, soweit es sich um die Entwicklung ihrer pädagogischen Kräfte handelte, in einer weit ungünstigeren Lage. Die Intellektuellen, die sich in dem Dienste der Befreiung der Arbeiterklasse stellten, hatten sehr verschiedene Auffassungen in Bezug auf den Weg, den die Arbeiterklasse zu ihrer Befreiung einschlagen sollte. Jede Richtung hatte das Bestreben, für ihre Auffassung die breiten Massen zu gewinnen. An eine gründliche theoretische Schulung der breiten Massen war unter diesen Umständen nicht zu denken, stattdessen suchte die Intellektuelle selbst zum Teil noch vollständig in den durch die Schulen vermittelten kleinbürgerlich-ideologischen Begriffen. Auch fehlte die Macht, die das Wisse wollte und die das Gute schaffte, indem sie, wie in Deutschland, die verschiedenen Richtungen der Bewegung durch die rohe Polizeifist zusammenzweigte und zur Klärung und Vertiefung der Anschauungen beitrug.

Um die Massen für die Organisation zu interessieren, waren die Intellektuellen von Anfang an befreit, den Arbeitern die Möglichkeiten von Erfolgen in einem recht rosenigen Lichte erscheinen zu lassen. An die Eringung der versprochenen Erfolge war aber bei den schwachen Organisationen und ihrer geringen Macht nicht zu denken. Um das Wankende an realer Macht auszugleichen, mußten die intellektuellen Führer ihren ganzen Eifer aufbieten, um Erfolgsmöglichkeiten aufzuspüren und wenigstens etwas zu erreichen. Praktische Erfolge konnten entweder durch Partieren mit dem Bürgertum im Parlament oder durch die Ausnutzung günstiger Situationen außerhalb desselben erreicht werden. Da die Massen nicht stark genug waren, ihren Forderungen selbst den nötigen Nachdruck zu geben, so suchten die Intellektuellen schließlich bei den Bürgerlichen, die sie zur Befreiung besonders trasser Mißstände zu veranlassen suchten. Dabei mußte natürlich die eigentliche historische Aufgabe des Proletariats, die Sammlung zu klarer zielbewusster Arbeit und die Schaffung guter Organisationen leiden. Die Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie wurden verwischt, die in den Schichten zusammengeflochtenen kleinen Truppen schwanken unentschieden hin und her, während die große Masse der Arbeiter gleichgültig beiseite stand.

In dieser Situation kamen den Arbeitern nun die Anarchisten zu Hilfe, deren Ideologie ja der des Kleinbürgertums entspricht, wenigstens ihre Befreiungen und ihr praktisches Handeln einander oftmals strikte entgegen-

laufen. Für die Anarchisten ist ja die Entwicklung zum modernen Kapitalismus ein „Fehlgegang“, sie betrachten das einmal wirtschaftlich Gewordene als einen ungerechten Zustand und erklären auf Grund ihres „geübten“ Menschenbegriffes die Auflösung dieses ungerechten Zustandes als ethisches Prinzip. Mit diesen anarchischen Grundlehren konnten aber die Anarchisten bei den Industrieproletariaten nicht haften gehen. — Darum griffen sie die Widesprüche auf, die sich allmählich aus der Art des politischen Kampfes ergeben hatten. Als Gegner des politischen Kampfes waren sie bestrebt, den ganzen Exploitationsstoff, der durch die wirtschaftliche Ausbeutung der Industrieproletariaten geschaffen wurde und der zum Teil abgeleitet wurde durch das parlamentarische System, vollständig auf dem Felde des wirtschaftlichen Kampfes zur Explosion zu bringen. Der Generalstreik und die direkte Aktion waren das Kampfmittel, das die anarchisch-individualistischen Führer als Allheilmittel für die Befreiung der Arbeiterklasse propagierten. Da die Massen indifferent beiseite standen, so sollten sie durch kleine Kerntuppen in den Kampf gezogen werden. Unter den ersten Einbrüchen der hochfliegenden Führer gilterte das von der Ausbeutung der Arbeiter lebende Bürgertum. Dieses begann, seine ganzen Kräfte zu seiner Verteidigung aufzubieten. Es bewilligte den Arbeitern zeitweilig einige Broden, aber es gewöhnte sich immer mehr an den revolutionär-gymnastischen Unterricht, alle wesentlichen Angriffe erbrunnungslos niederschlagend. Vielleicht wäre die Arbeiterklasse schon längst wieder von diesem Kampfmittel abgelenkt worden, wenn sich nicht da und dort immer wieder ein Politiker an die Regierungstriebe gedrängt und mit seiner „Hilfe“ die Massen, die sich früher an seinen Phrasen berauscht hatten, kopfschüttelnd gemacht hätte.

Die direkte Aktion soll eigentlich darin bestehen, daß man ohne vorhergehende Beratung und Ankündigung in einem für die Arbeiter günstigen Moment losschlägt und die Unternehmer überfällt. Voraussetzung ist dabei, daß der Kriegsplan, der doch einer gewissen Vorbereitung bedarf, möglichst geheim gehalten wird. Dies ist jedoch unmöglich, wenn die Organisation, die den Kampf führen will, sehr groß ist und die Mitglieder, die alle mitberaten wollen, bevor sie ihre Haut zu Marke tragen, sehr zahlreich sind. So ist logischerweise die direkte Aktion nur dort anwendbar, wo die Organisation schwach ist und wo eine kleine Kerntuppe darauf rechnen kann, die Massen mitzureißen, es sei denn, daß eine große Organisation ein permanentes „Kriegsministerium“ wählt, dessen Beschlüsse die Massen bereitwillig ausführen. Dies stände jedoch im Widerspruch mit der so sehr propagierten Idee der „individuellen Initiative“. Und, wenn all das nicht in Betracht käme, dann könnte ja eine Unternehmerruppe schließlich nicht immerwährend mit der direkten Aktion „überzogen“ werden. Die Arbeiter werden sehr bald „überzogen“ sein, da dieser Taktik kann sich wohl eine kleine Minorität aufreiben, um die Massen mitzureißen, aber die Massen selbst bleiben dabei ziemlich indifferent und sind schwer zu organisatorischer Kleinarbeit zu bewegen. Sie lassen sich für die Verwirklichung eines erhabenen Zieles in den Kampf führen; aber da die Verwirklichung erhabener Ziele der Arbeiterklasse wesentliche Bestandteile der sogenannten kapitalistischen Ordnung gefährden, so werden die anstrebenden Massen von der Uebermacht des „Seine“ Ordnung verteidigenden Bürgertums niedergeschlagen. Weht dann ein solcher Kampf verloren, dann suchen die Massen zuerst in den vermeintlichen oder wirklichen Fehlgriffen der Führer die Ursache der Niederlage. Man fragt sich, ob die Art des Angriffs, ob die Taktik richtig war, oder ob man den Führern nicht wegen ihrer Ungeheuerlichkeit die Gefolgschaft verweigern soll. Die kleine, revolutionäre Kampftruppe kann sich dabei kaum vergrößern; sie wird ihre Kräfte, anstatt sie auf die Organisation der breiten Massen zu konzentrieren, zerplittern. Der Polizei und dem Militär, die der Staat dem Unternehmertum zu seiner Verteidigung zur Verfügung stellt, wird der Krieg erklärt. Man treibt Antimilitarismus und Antipatriotismus und reißt dabei seine besten Kräfte auf. Die einzelnen Unternehmer, die die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt haben, weil deren Macht nicht groß genug war, ihren Widerstand zu brechen, sucht man durch die Sabotage zu strafen und zu lähmen. So ist die Organisation nach einem Kampf nicht gestärkt, sondern die vorher vorhandenen Kräfte sind zerplittert.

Nun hat sich selbstverständlich im Laufe der Zeit die beliebte Taktik der direkten Aktion immer weiter von jenem Punkte entfernt, von dem sie ausgegangen ist. Die Arbeiterorganisationen jener Industrien, die sich am meisten entwickelt haben, sind in die Breite gewachsen. Diese breiten Massen haben aber nicht das Bedürfnis, Gymnastik zu treiben, sondern sie wollen greifbare Erfolge erreichen. Je größer die Zahl der Organisierten, je stärker die tatsächliche Macht der Organisation, desto mehr drängen die Massen zur Anwendung aller erfolgreichsten Mittel. Das Gefühl der Macht erlangen die Massen ja nicht durch leere Redensarten, sondern nur durch greifbare Erfolge. Begeisterter Reden und ultrarevolutionäre Phrasen finden vielleicht in den Massen einen augenblicklichen Resonanzboden; aber da die tatsächlichen Verhältnisse eben nicht mit Worten weggedreht werden können, müssen diese Worte notwendigerweise sehr bald wirkungslos verfliegen. Die Führer könnten sich die größte Mühe geben, die Massen zu überreden und mitzureißen — wo diese, durch die Erfahrung gewöhnt, nicht die Möglichkeit des Erfolges sieht, ist sie durch die schönsten Redungen der Führer nicht in Aktion zu bringen.

Der Stufatourverband im Jahre 1911.

a) Allgemeines.

Beim Beginn des Kampfesjahres 1910 herrschte weder im Hauptlager der Bildhauermeister in Frankfurt a. M. noch bei den Gipsermeistern in Karlsruhe ein Zweifel darüber, daß der Stufatourverband bei dem Kampfe zusammenbrechen müsse, daß der Friede von den Unternehmern diktiert werde und alle die pflichtvergessenen Gesellen Neuz und Leid empfinden würden.

Anders bei den Arbeitern. Sie hatten weder einen Mitgliederverlust noch Furcht vor späteren Kämpfen, und die Klassenverhältnisse waren günstiger als je zuvor. Schon sofort nach dem Kampfe nahm der Stufatourverband einen ganz erheblichen Aufschwung, und das Jahr 1911 hat in bester Weise fortgesetzt, was nach dem Friedensschluß angefangen war. Das zeigt sich am deutlichsten in der Mitgliederbewegung.

Berechnet man nach dem Ergebnis der Gewerbezählung von 1907 die Zahl der organisationsfähigen Stufatoure mit rund 14.460, so ergibt sich, daß insgesamt 74 pZt. von dieser unserer Organisation angehören. Man darf auch ruhig annehmen, daß weitere 800 im Bauarbeiterverband, bei den Malern oder bei den Christlichen organisierten waren.

Entsprechend der Erhöhung der Mitgliederzahlen stiegen auch die Einnahmen. Das Jahr 1910 brachte an regelmäßigen wöchentlichen Beiträgen M 203 955, 1911 stieg der Betrag auf M 287 930, das ist ein Mehr von M 83 975 oder 41 pZt. An ständigen Beiträgen wurden M 20 512 vereinnahmt, an rückständigen Ertragsbeiträgen aus dem Jahre 1910 gingen noch M 10 469 ein.

Die sonstigen Einnahmen bezifferten sich auf M 41 455. Bei letzterer Summe waren M 25 070, die aus den Einnahmen der Hauptkassen der Filialen zuzurechnen; denn es handelte sich hierbei um die Rückzahlung der Restsumme der Darlehen von 1910. Insgesamt hatte der Verband 1911 eine Einnahme von M 379 199, der eine Ausgabe von M 286 980 gegenübersteht. Von den Ausgaben seien u. a. erwähnt: M 7202 für Reiseunterstützung, M 8095 für Beiträge in Sterbefällen, M 5744 für Rechtschutz, M 1092 für Unterstützung Gemäßigter, M 4795 an „notleidende“ Kollegen, M 15 080 für Streiks im eigenen Beruf, M 6883 für Streiks anderer Organisationen (Tabakarbeiter).

Das Vermögen des Verbandes betrug am Schlusse des Jahres 1910 M 191 939. Der Ueberschuss 1911 bezifferte sich auf M 29 360, so daß mit Abschluß des Rechnungsjahres ein Vermögensbestand von M 334 458 zu verzeichnen war. Eingebürgert in diese Summe sind in einigen Filialen vorhandene Werkzeugbestände, die einen Buchwert von über M 1500 haben.

Brachte somit das Jahr in finanzieller Beziehung für die Organisation gute Fortschritte, so darf auch diesmal wieder darauf hingewiesen werden, daß die innere Entwicklung der Organisation fortgeschritten ist. Der Verbandstag in Dresden beschloß, die seit längerer Zeit viel umstrittene Frage des Anschlusses an den für das Baugewerbe ins Leben getretenen Industrieverband der Kreislagerung der Mitglieder zu unterbreiten. In welcher Weise die Frage gelöst wurde, ist den Lesern des „Grundstein“ bekannt. Heute können wir konstatieren, daß die Angliederung auf der ganzen Linie geschloffen erfolgt ist. Bis zu dem für die Ueberschreibung vorgesehenen Zeitpunkt waren rund 10 300 Mitgliedsbücher des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Händen der Mitglieder des Stufatourverbandes, ein deutlicher Beweis dafür, daß auch die Mitglieder, die Gegner des Zusammenschlusses waren, der Ueberzeugung sind, daß es auch in den Reihen des Bauarbeiterverbandes möglich ist, die Interessen der Angehörigen einer Spezialgruppe des Gesamtberufes zu wahren. Bestand wirklich noch bei einem oder dem andern Kollegen hierüber ein Zweifel, so werden ihn die Lohnbewegungen, die schon in diesem Jahre von den Sektionen der Stadtbranchen durchgeführt wurden, eines Besseren belehren haben.

Mit den Lohnbewegungen der Stufatoure im Jahre 1911 wird sich ein weiterer Artikel befassen.

b) Lohnbewegungen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich bei einer guten Geschäftslage die Zahl der Lohnbewegungen in allen Berufen erhöht; aber trotz lebhafter Bautätigkeit brachte das Jahr 1911 für die Gipser und Stufatoure erheblich weniger Bewegungen als eine ganze Reihe vorhergehender Jahre. Dies wird aber erklärlich, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1910 für die große Mehrzahl der organisierten Stufatoure Verträge abgeschlossen wurden und daß auch noch eine Anzahl im Jahre 1909 abgeschlossener Verträge über 1911 hinaus Gültigkeit hatten. Die Mitgliederzahl betrug für 1910 im Jahresdurchschnitt 3310; von diesen fielen nicht weniger als 6796 oder 84,2 pZt. unter die im selben Jahre abgeschlossenen Verträge. Aber der Organisation wurden im Jahr 1911 über 2000 neue Mitglieder zugeführt, neue Filialen konnten errichtet werden, und mancher alten Filiale wurde durch Mitgliederzuwachs Gelegenheit geboten, ein geregeltes Tarifverhältnis zu schaffen. Handelte es sich bei den älteren Filialen meist um kleinere Orte, so waren bei den neu errichteten manche von größerer Bedeutung, da eine größere Mitgliederzahl in Betracht kam.

Wo sich die Möglichkeit bot, wurden Forderungen gestellt. Solche Fälle hatten wir 41. Erheblich höher dagegen war die Zahl der Bewegungen, die notwendig wurden, um das einmal Erzielte aufrechtzuerhalten, um Verschlechterungen abzuwehren. So fanden 41 Bewegungen infolge Forderungen in der Gesliffen 74 Abwehrbewegungen entgegen. In allen Fällen waren unsere Kollegen gewungen, Front gegen die Unternehmer zu machen, die den bestehenden Tarifvertrag durchbrochen hatten. Die meisten dieser Bewegungen waren unerheblich, konnten schnell und mit nur wenigen Ausnahmen zu unsern Gunsten beigelegt werden, so daß eine besondere Berichtserstattung, die Grundlage einer geregelten Statistik, unterließ. Von den 74 Abwehrbewegungen sind nur 8 statistisch erfasst, die andern 66, die sich auf 35 Orte verteilten, waren demnach (nach Ansicht der betreffenden Filialverwaltungen) von untergeordneter Bedeutung. Bei der Zusammenstellung der Jahresabrechnung zeigte es sich aber, daß die Ausgaben bei einzelnen dieser Abwehrbewegungen recht beträchtlich waren, so daß die fehlende genaue Berichtserstattung bedauert werden muß. Zu den von der Statistik umfaßten 41 Angriff- und 3 Abwehrbewegungen kommt noch eine Aussperrung wegen Feiern am 1. Mai hinzu. Die gesamten Bewegungen wurden in folgender Weise erledigt:

Table with 5 columns: Art der Bewegungen, Anzahl, Orte, Betriebe, Beschäftigte. Rows include: Ohne Arbeitseinstellung, Angriffstreiks, Abwehrstreiks, Aussperrung.

Beteiligt waren bei den Angriffstreiks 453, bei Abwehrstreiks 184 Kollegen; in die Streiklisten waren eingetragen bei Angriffstreiks 446, bei Abwehrstreiks 177 und 11 Ausgesperrte. Der entstandene Verlust an Arbeitszeit und Lohn konnte festgestellt werden bei:

Durch Vergleich konnten insgesamt 42 Fälle erledigt werden. Wie die Bewegungen endeten, zeigt am besten eine kleine Tabelle:

Table with 5 columns: Art der Bewegungen, Erfolgreich, Teilweise erfolgreich, Erfolgrlos, Unbekannt. Rows include: Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung, Angriffstreiks, Abwehrstreiks, Summa.

Die Aussperrung wegen Feiern am 1. Mai erfolgte bei zwei Firmen in Berlin; sie sollte zwei Tage dauern,

wurde jedoch bei einer Firma nach einem Tage aufgehoben, nachdem eine Mißsprache mit dem Firmeneingaber stattgefunden hatte. Bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung kam es zum Abschluß eines Tarifvertrages in allen Orten: Bonn, Bommberg, Cassel, Coblenz, Dresden, Düsseldorf, Eßlingen, Frankfurt, Göttingen, Göttingen, Heidenheim, Herford, Kornwestheim, Lauf-Röthenbach, Ludwigsburg, Mors-Homburg, Oberehnhelm, Rottsdam, Adolfzell, Remscheid, Schwabach, Siegen, Speyer, Ueberlingen, Waldshut, Wesel, Zuffenhausen. Ein weiterer Tarifvertrag wurde in Effen auf friedlichem Wege geschloffen für die Gesliffenarbeit. Die 15 Angriffstreiks fanden statt in Aalen, Bielefeld, Darmstadt, Frankfurt a. M., Göttingen, Grünstadt, Konstanz, Oberhausen, Plauen, Reutlingen, Schleifstadt, Sterzede, Stettin, Berlin und Rosen. Bei den beiden letzten Orten handelte es sich um partielle Bewegungen, in Rosen wegen Nichtzahlung der Auslösung seitens einer Firma; in Berlin legten unsere Kollegen die Arbeit am Neubau Tisch nieder, weil sie nicht mit den Streikbrechern der Elektrikmonteure zusammenarbeiten wollten. Zum Tarifabschluß kam es in zwölf Fällen. Der Kampf in Aalen ging verloren, ein Tarifvertrag kam nicht zustande, es gab aber trotzdem eine Lohnerhöhung von 5,3 pro Stunde.

Von den registrierten Abwehrstreiks fanden zwei in Berlin statt, einer wegen Mafregelung zweier Baugliffsarbeiter, der andere wegen Nichtzahlung der Fenster; einer in Chemnitz bei der Firma Speig; in Köln (Sperre Penn); zwei in Gera (Sperre Dresse und Glid). In Wülch im bei Köln kamen sämtliche Unternehmer in Betracht, weil sie den Kölner Tarif nicht mehr anerkennen wollten. In Leipzig wegen Nichtzahlung der Fenster. Insgesamt wurden bei den verschiedenen Bewegungen 40 Tarifverträge abgeschlossen, davon 24 zum erstenmal.

Der Erfolg der Bewegungen war ein guter zu nennen. Die ohne Arbeitseinstellung erzielten Tarife brachten eine Verkürzung der Arbeitszeit für 60 Kollegen von je 1/2 Stunde pro Woche, für 160 Kollegen von 1 1/2 Stunde, für 111 Kollegen von 3 Stunden, für 32 Kollegen von 4 1/2 Stunden, für 6 Kollegen von 5 Stunden, für 35 Kollegen von 6 Stunden, für 3 Kollegen von 7 Stunden und für 15 Kollegen von 12 Stunden pro Woche. Die Angriffstreiks brachten eine Verkürzung der Arbeitszeit für 42 Kollegen von je 3 1/2 Stunden pro Woche, für 18 Kollegen von 3 Stunden und für 89 Kollegen von 6 Stunden pro Woche. Insgesamt brachten die Bewegungen 574 Kollegen eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit von 1870 oder pro Mann 3 1/2 Stunden. Durch die Abwehrstreiks wurde für 59 Kollegen eine Verlängerung um 6 Stunden und für 6 eine folge von 12 Stunden pro Woche zurückgewiesen.

Auch in den Lohnerhöhungen wurden annehmbare Resultate erzielt. Ohne Arbeitseinstellung wurde erreicht:

Table with 2 columns: Anzahl Kollegen, Lohnsteigerung bis zu M. Rows include: 151 Kollegen eine Lohnsteigerung bis zu M. 1,50 pro Woche, 56, 238, 114, 32, 878, 177, 9, 56, 8, 13.

Die Angriffstreiks brachten an Lohnerhöhung:

Table with 2 columns: Anzahl Kollegen bis zu M., pro Woche. Rows include: 44, 50, 127, 11, 45, 60, 137, 8.

Das bedeutet eine Lohnsteigerung um M 7042 für 2213 Personen, also für jeden Beteiligten durchschnittlich M 3,18. Sonstige Vorteile, wie Regelung der Lohnsätze für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Auslösung bei auswärtsigen Arbeiten usw. wurden für 2027 Kollegen erreicht.

Aus der ganzen Zusammenstellung ist ersichtlich, daß auch 1911 die Bewegungen der Kollegen das meiste gebracht haben, die ohne Arbeitseinstellung erledigt wurden. Allerdings haben die Kämpfe auch nicht sehr lange gedauert. Am hartnäckigsten war zweifellos der Kampf in Gera, st abt, der nicht weniger als 159 Tage dauerte. Der Kampf in Aalen, der am meisten geloset hat, ging verloren. 50 Tage dauerte der Kampf in Reutlingen, aber er brachte den Kollegen auch eine wöchentliche Lohnerhöhung von M 4,20 pro Mann. Die gesamten Kosten für die Bewegungen belaufen sich auf M 303 für Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, M 4954 für Angriffstreiks und M 2182 für Abwehrstreiks. Dazu kommen allerdings noch M 7088, die in den Filialen zur Durchführung der Sperren ausgegeben wurden, so daß insgesamt eine Summe von rund M 15 000 für Lohnbewegungen im Jahre 1911 verausgabt wurde. Durch diese neuen Tarifabschlüsse erweiterte sich der Kreis der Kollegen, für die die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarif geregelt sind, wiederum erheblich. Von den 10 402 Mitgliedern, die wir im Jahre 1911 durchschnittlich hatten, arbeiteten 9954 Kollegen oder rund 95,7 pZt. zu tariflich geregelten Bedingungen. Also auch hier brachte uns das Jahr 1911 einen erheblichen Fortschritt.

### Politische Umchau.

Das Gland des preussischen Dreiklassenparlaments. — Preussisches Junkertum und preussisches Volk. — Gewissenhaftigkeit und Wiederträchtigkeit der Junkerfraktion in hiesiger Botens. — Politisches Verbrechen. — Die Fischeische Prophezeiung. — Der christliche Gewerkschaftsstreik. — Der Kampf des Proletariats in Ungarn und Belgien.

Während der Reichstag seine parlamentarischen Arbeiten noch vor den Pfingstferien erledigen konnte, mußten die beiden preussischen gesetzgebenden Körperschaften, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, nach den Pfingstferien noch einmal zu einer kurzen Tagung zusammenzutreten, um den gesetzgeberischen Arbeiten den nötigen Abschluß zu geben. Wenn wir auch zuweilen berechtigte Ursache hatten, an der Arbeitsmethode des, aus allgemeinen, gleichen Wahlen hervorgehenden Reichsparlaments strenge Kritik zu üben, so ist im Dreiklassenparlament sowohl bezüglich der Quantität der verabschiedeten Gesetzesvorlagen als auch erst recht bezüglich der von letzteren zu erwartenden Wirkungen auf die breiten Volksmassen eine Arbeitsunfähigkeit an den Tag getreten, die allein schon die Notwendigkeit in sich birgt, durch ein freies Wahrecht die Gesamtheit des preussischen Volkes zur Zeitnahme an den Aufgaben des Staates heranzuziehen. Wenn trotzdem das Abgeordnetenhaus in der verflochtenen Session außergewöhnlich viel von sich reden gemacht hat, so hat das seinen Grund nicht in den gesetzgeberischen Leistungen dieses Nummernplatzes junkerlicher und merkantiler Anmaßung und Interessenpolitik, sondern in der Art und Weise, wie die Verhandlungen geführt wurden. Eine eigenartige Fügung des Schicksals hat es nun gewollt, daß just an den Tagen, an denen das Abgeordnetenhaus seine Werten geschlossen hat, dessen vielgenannter Präsident Herr v. Erffa an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben ist. Als Nachfolger des Herrn v. Erffa wurde er im Januar d. J. von seinen konservativen Parteifreunden zum Präsidenten gewählt, um als „starker Mann“ die ganze Strenge der beschärften Geschäftsordnung auf die sechs Sozialdemokraten anzuwenden. Wenn er sich auch in der ersten Zeit seiner Präsidententätigkeit bemühte, bei den unvermeidlichen Zusammenstößen zwischen den sechs Vertretern des arbeitenden Volkes und den vor seiner Provokation zurückschreckenden Junkern eine gewisse Objektivität zu wahren, so zeigte sich doch bald, daß er nichts als ein geringes Werkzeug in den Händen seiner Auftraggeber war, deren Geheeren er gar bald vollends erlag. Bei dieser Gelegenheit ist die schier grenzenlose Fribolität der reaktionären Presse wieder einmal recht drastisch hervorgetreten. Sie ist nicht davor zurückgeschreckt, für den Tod des Herrn v. Erffa die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten verantwortlich zu machen. „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“ usw. beschulden ein Anmaß von stiller Unterstützung. Aber daran hat kein reaktionäres Organ zu erinnern gewagt, daß dem Tode des Präsidenten unmittelbar ein von den Zentrumsleuten im Abgeordnetenhaus ins Wert gesetzter Skandal voranging. Unter schwerster Verletzung der Ordnung des Hauses, unter wütendem Toben und Schimpfen richteten die Schwarzgen perijönliche Angriffe gegen den Landwirtschaftsminister v. Schölerker; sie schrien ihm zu: „Herunter von der Tribüne!“ und der Herr Präsident ließ die Skandalmacher gewähren; er hatte keinen Ordnungsruf für die schwarze Würdenschaft; der Sanktionsparagraf wurde nicht in Anwendung gebracht; es erschien kein Polizeikommissar mit soundsoviel Mann. Wäre es unmöglich, daß dem Herrn v. Erffa gerade dieser Skandal, an welchem sich mit Geschrei und Mißverrufen auch die Konservativen und die Liberalen lebhaft beteiligten, so schwer auf die Nerven gefallen ist, daß daraus sein Verhängnis sich erklären läßt? Das ist nicht nur möglich, sondern unseres Erachtens sogar sehr wahrscheinlich. Denn die aufregenden Szenen hatte er selbst durch seine bewußt ungerichte Geschäftsführung in Uebereinstimmung mit der Junkerpartei herbeigeführt; sie sind von ihm und seinen Leuten provoziert worden. Daß er bei dieser beschäftigten, hochherzogen und von ihm programmäßig durchgeführten Aktion einer kritischen Aufregung verfallen sein sollte, ist also kaum zu glauben. Nehmen wir den Fall, einer der sechs Sozialdemokraten sei von einem Schlaganfall betroffen worden, so würden gewiß fromme Ordnungspolitiker sich gefunden haben mit der Erklärung: Das sei der „Finger Gottes“.

Wenn die Junker beschäftigten, im preussischen Dreiklassenparlament die Gewalttätigkeit gegen die Sozialdemokraten fortzusetzen, so haben sie natürlich auch fernersthin ganz allein die volle Verantwortung für die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen. Darüber, wer berufen sein soll, der nicht beneidenswerte Nachfolger des Herrn v. Erffa zu sein, hat bis jetzt nichts Bestimmtes verlautet. Aber ganz natürlich wird es ein Mann sein, von dem die Junker und Junkerengenossen überzeugt sind, daß er sich in allen Stücken zum Werkzeug ihres Willens macht. Möge gleich dabei ebenso oder noch mehr die politische und parlamentarische Moral und Ordnung in die Brüche gehen.

Die Junkerpresse verfußt übrigens — nunmehr, die öffentliche Aufmerksamkeit von der Schandwirtschaft der reaktionären Majorität im Dreiklassenparlament abgelenkt. Sie himmt jetzt wieder den Faden der Sammlungs politik. Zu einer Sammlung aller Preußen gegen den demokratischen Aufstand auf die Selbständigkeit des engeren Vaterlandes“ fordert das Junker- und Pfaffenblatt auf. Unter „demokratischem Aufstand“ versteht es natürlich nicht nur die Tätigkeit der Sozialdemokraten,

sondern auch die der Liberalen. Hätten wir bereits die Grundzüge, so würde es aus deren Einwürfen auf das Gehirn der Kreuzzeitungen „matadore sich erklären lassen, daß diese den sogenannten „Gutgefinnten“ die tolle Ansicht zu suggerieren suchen, durch die Demokratie sei die Selbständigkeit Preußens bedroht. Darüber kann jeder vernünftige Mensch mit einem mitleidigen Lächeln hinweggehen, daß das Junkerblatt, dem von den Konserbativen im Reichstage kürzlich gegebenen Beispiele folgend, die Männer der Opposition gegen das verderbliche und ungerechte preussische System verächtlichen möchte als „Preußenverächter und Preußenmörder“. Edgar so weit verstreift sich das Junkerblatt, die Behauptung aufzustellen, daß diese Opposition eine förmliche systematische Preußenverfolgung ins Werk gesetzt habe. Ein jämmerlicheres Armutsergebnis kann sich das auf das preussische System eingehendere Stockpreußen selbst und diesem System nicht ausstellen. Preußen ist ja doch immer noch die starke Vormacht in Deutschland, Preußen, das heißt die maßgebenden Faktoren, einschließend des Junkertums, beherrscht das Reich und seine innere und äußere Politik; alle Reichsämter und alle maßgebenden Stellen im Heere sowie in der Marine usw. sind von „echt preussigen“ oder wenigstens vom Geiste des herrschenden Systems erfüllten Männern besetzt. Und doch ist nach der Behauptung der „Kreuzzeitung“ das „preussische Volk“ von einer „systematischen Verfolgung“ ernsthaft bedroht.

Nochmals sei es einbündlicher Weise gesagt: Die sozialdemokratische Opposition richtet sich nicht gegen die dem preussischen Regiment unterworfenen Bevölkerung, sondern gegen dieses Regiment selbst. Die wahrhaftigen Verächter, Schmäher und Bedränger dieser Bevölkerung sind die Junker und Junkerengenossen. Sie befinden sich schon von jeher in einer förmlichen Verschwörung gegen das Volk; sie in erster Linie sind es, die entsprechend dem bestimmenden und entscheidenden Einfluß, den sie auf die Regierung ausüben, sie jetzt imstande waren, die Reaktionsherrschschaft aufrechtzuerhalten, das unerschört ungeredte preussische Dreiklassensystem erfolgreich zu verteidigen gegen die berechtigte Forderung der arbeitenden Volksmassen nach dem allgemeinen Wahrecht; sie sind die hauptsächlichsten Stützen des dem Begriffe des Reichstages Sohne sprechen polizeistaatlichen Wesens; sie sind die geschworenen Feinde des Volkes, seines Rechtes, seiner Freiheit und Wohlfaht; sie vor allem sind es, die das Ansehen Preußens in ganz Europa und in andern Ländern auf das ärgste geschädigt und zugleich der deutschen Namen in schlimmster Weise diskreditiert haben!

Und die Organe und Wortführer dieser gemeingefährlichen Clique, deren „Patriotismus“ und „nationales Bewußtsein“ in nichts anderem besteht, als in der Bewahrung, Wahrung und Förderung ihrer sinnlosten, verderblichen Sonderinteressen — sie wagen es, die wahrhaftigen Freunde des Volkes zu beschimpfen, ihren schäblichen Charakter und böse Absichten beteuern. Daraus spricht die politische Berbergheratur, die ehrliche Menschen nach sich selbst beurteilt. „Galtet den Spühbuben“, das ist der bekannte Kaufmanns- und Hilferuf des wirklichen Verkäufers, um seinen Verfolgern zu entgegen.

Aber nur Geduld. Auch dieses frevelhafte Spiel wird ein Ende nehmen; das Volk selbst in erster Linie voran die Arbeiterklasse Preußens, erwacht zum Bewußtsein seiner Würde und Ehre, zur Erkenntnis seiner Rechte und der Grundbedingungen seiner Wohlfaht; durchdrungen und erhoben vom Geiste der Freiheit wird es ihm ein Ende machen. Ein Preuze war es, ein echter Patriot, ein wahrer Freund des Volkes, der vor hundert Jahren, als das ungarische preussische System unter den Schlägen des Preussigen Bonaparte zusammengebrochen war, und insbesondere das preussische Junkertum in seiner ganzen ungarischen Jämmerlichkeit vor aller Welt dastand, als es galt, den preussischen Staat, den das Junkertum ruiniert hatte, wieder aufzubauen — Johann Gottlieb Fichte (dem jetzt die preussischen Reaktionäre ein Denkmal setzen wollen) war es, der die große Prophezeiung ergehen ließ, daß in Deutschland unter Preußens Führung ein Reich der Freiheit und des Rechtes errichtet werden würde, wie es die Welt noch nicht gesehen, ein Reich der „Gleichheit alles Wesen, was Menschenantitz trägt“. Die preussischen Reaktionsgewalten, die Junkerlaste, die herrschenden Klassen und Parteien überhaupt werden dieses Reich nicht herbeiführen. Es gibt nur einen Machtwort, der die Fischeische Prophezeiung in Erfüllung zu bringen vermag: die Sozialdemokratie. Ihr muß sich anschließen, sie muß unentwegt und andauernd unterstützen, jeder, der es mit dem deutschen Volke und seinem Geschick wirklich um meint, in erster Linie, jeder Arbeiter. Ganz gewiß will kein Arbeiter, der normalen Denens und Empfindens fähig ist, das Schliche und Ungerechte wider sich und seine Klasse. Aber Irrtum, Unwissenheit und Bourgeoisie halten leider noch so viele Arbeiter in ihren Banden; sie aus diesen Banden zu erlösen und sie der großen Freiheitskämpferschar einzufügen, die unter dem Banner des demokratischen Sozialismus marschieren und von Sieg zu Sieg vorwärts drängt — das ist das nächste große Ziel des Wirkens der selbständig politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft.

Wenn man von einem Ernst der Zeiten spricht, so bezieht sich darin der bestehende Staats- und Gesellschaftszustand überhaupt. Ernst und auch kritisch ist

unserer Zeit immer in jeder Situation, wie sie auch kommen möge. Aber ihr politischer Charakter muß notwendig immer mehr an Ernst und kritischer Bedeutung gewinnen. Unter der Herrschaft des jetzigen Systems hängt Gewicht sich an Gewicht. Es ist durchaus im Wesen der Reaktionsherrschschaft begründet, daß sie zu Konsequenzen führt, welche die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Interessen entgegenstehen und Anschauungen und damit den Klassenkampf beständig verschärfen. Die Reaktion kann auf diese Konsequenzen nicht verzichten, d. h.: sie kann sich nicht selbst anteu werden, wenn sie sich nicht selbst preisgeben will. Und so hat man denn mit immer neuen folgerichtig sich abgliedernden Bedrängungen, Bedrohungen und Verletzungen des Volksinteresses zu rechnen. Da ist z. B. die Tatsache, daß alle bisherigen sogenannten Reichsfinanzreform die Finanzumfere des Reichs durchaus nicht beseitigt hat. Im Gegenteil; der Appetit kommt beim Essen. Immer neue Forderungen für Heer, Marine, Kolonial- und Weltmarktpolitik — und natürlich immer neue Steuern. Freilich trägt man augenblicklich nicht, dem Volke neue Bölle und Verbrauchsabgaben im Ausmaß zu stellen. Selt experimentieren die Herren vom Regiment und die bürgerlichen Parteien mit der Frage einer „allgemeinen Besitzsteuer“, die ja bekanntlich von den bürgerlichen Parteien noch recht demonstrativ in die Schulverhandlung des letzten Tagungsabschlusses des Reichstages hineingearbeitet worden ist. Und nun streitet man in der Presse der bürgerlichen Parteien in tragikomischer Weise über den „Begriff“ einer allgemeinen Besitzsteuer. Wie sagt doch Goethe in seinem Faust — die haben Herren haben wohl schon selbst daran gedacht: — Denn eben, wo Begriffe fehlen, da stellt ja rechter Zeit ein Wort sich ein. Da beginnt die Politik des „Kunstpfeifens“, und jede bürgerliche Partei ist ja in der glücklichen Lage, ihre „Kunstpfeife“ zu haben. Aber für das arbeitende Volk ist diese Pfeiferei keine Versöhnungsmelodie. Es klingt daraus die Grundtendenz hervor: Mögliche Schonung der Bestehenden! Das alte Lied, das alte neuerepolitische Gland, die alte Volksbeleidigungs- und Ungerechtigkeits.

Für Arbeiter, die zum Klassenbewußtsein gelangt sind, und ihre berechtigten Ansprüche auf Freiheit und Recht erkannt haben, haben Ereignisse, wie die in dem christlichen Gewerkschaftsstreik im allgemeinen nur eine charakterisierende Bedeutung. Dieser Streit ist natürlich noch nicht abgeschlossen; er hat auch jetzt noch nicht dazu geführt, daß man ein abschließendes Urteil über ihn abgegeben hätte. Wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir annehmen; daß der Streit „Eöln-Rom-Berlin“ sich schließlich doch verflüchtigt in das Ergebnis, daß die sogenannten maßgebenden Elemente in den feindlichen Lagern zu einer Verständigung im Interesse des Ansehens, der Autorität der Kirche gelangen. Aber die Masse der katholischen Arbeiter ist nunmehr vor die Frage gestellt: Entweder — Oder! Entweder sie fügen sich der hierarchischen Anmaßung, und dann sind sie nicht wert, als Arbeiter angeprochen zu werden, oder sie widerstehen — und dann hören sie auf, eine Schmitzgruppe der Hierarchie und der Zentrumspartei zu sein. Damit würde aber unseres Erachtens die Gewißheit gegeben sein, daß sie in absehbarer Zeit ihren Anschluß an die freie gewerkschaftliche Organisation finden und finden werden.

Die Herren vom Militarischen Regiment mögen sich doch nicht verlassen auf die von ihnen auch in dieser Frage angenehme Macht des Militarischen Gesetzes. Wie wenig dieser Geist im Zuge der großen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung noch zu bedeuten hat, gerade das lehrt gegenwärtig recht deutlich Ungarn. Das dortige arbeitende Volk hat sich, wenigstens in den großen Städten, freigemacht von der Bevormundung des politischen Militarismus. Es kämpft für sein staatsbürgerliches Recht und für die berechtigten Interessen der Arbeit. In seinem Wahlskampfe hat es Abgabe getan allen herrschenden Klassenstaatslichen Faktoren. Zielbewußt, energisch, vernünftig, mit guter laktischer Ueberlegung geht die aufgekärte Arbeiterschaft Ungarns vor. Auf ihre Rechnung kommt das Militarische eintritts verrückten bürgerlichen Abgeordneten auf den Kammerpräsidenten Tisza, über das die Tagespresse berichtet hat, nicht.

Tatsächlich klug, unter gewissenhafter Erwägung der Interessen der Arbeiterklasse verfährt auch die Arbeiterklasse Belgiens im Kampfe gegen die Reaktion, die dort hauptsächlich in der Herrschaft des Militarismus sich hegreift. Daß die Militaristen im Wahlkampfe über Sozialdemokraten und Liberalen siegen und sogar eine größere Majorität erlangen konnten, entgegen dem Stimmenverhältnis, ist eine Wirkung nicht der Rundgebung des Willens der Volksmehrheit, sondern des geradezu darauf berechneten Wahlsystems und des damit sich verheißenden Terrorismus. Mecklings haben die Sozialisten trotzdem günstig abgehakt, indem sie fünf neue Sitze eroberten. Aber ganz ohne Zweifel hat die „liberale“ Großbourgeoisie aus Furcht vor der Sozialdemokratie, genau so wie es schon so oft in Deutschland der Fall war, den bürgerlichen und verschärften Sieg des Militarismus mit berschuldet. Nun rüft die belgische Arbeiterpartei aufs neue zum Wahrecht sich kampfe. Denn, wird das Wahrecht nicht zu einem gerechten umgestaltet, so mag sich bei den Wahlen die Mehrheit des Volkes immerfort gegen den Militarismus erklären und sie wird trotzdem die gebührende Vertretung im Volke nicht erhalten. Der Kampf wird einsehen im neuen Parlament und von da aus wird er den Charakter einer Volksbewegung annehmen, die allerdings zu schweren Konsequenzen, z. B. zu einem politischen Generalstreik führen kann, aber schließlich doch siegen wird.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kampf gegen die Kreditbeschränkung. — Fortdauernd starke Kreditbeschränkung. — Kupferbörsen in Berlin. — Steigender Auswandererverkehr.

Der von der Reichsbank und andern maßgebenden Stellen eingeleitete Kampf gegen die maßlose Kreditbeschränkung und Kreditanfrage nimmt sich fort, allerdings nicht ohne Gegenwehr und Proteste. Vor allem in der Provinz scheint die härtere Lenart seitens der Banken vielfach angewendet zu werden; wenigstens gefallen sich hier Warenhandel und Gewerbetreibende am meisten in Klagen über plötzliche empfindliche Störungen, nachdem sie ihre Betriebe nicht bloß durch eigene Schuld, auf die alte, nachgiebige Kreditpraxis zugeschnitten hätten. Die Großbanken sollen sich jedoch nicht abweisen lassen, auf die sie früher ohne Zweifel bereitwillig entgegengekommen waren. Die Reichsbank selber hat, obwohl ihr Diskont für die Sommerzeit und angesichts des Auslandes abnorm hoch bleibt, die Zügel nicht lockerer gelassen. Erst neuerdings lauten Anmerkungen auf, daß man im Diskont vielleicht doch von 5 auf 4 1/2 v.H. herabgehen könne; wahrscheinlich nur auf kurze Zeit, da sehr bald schon wieder die Vorbereitungen auf die anspruchsvolle September-Oktoberwende beginnen auf ein Terrain, an dem die Ausgabe ungedeckter Banknoten nicht selten die Finanzprüfung beim Jahreswechsel übertritt.

Im allgemeinen scheint jedoch die Geschäftswelt keineswegs an größerer Zurückhaltung zu denken. Sie geht lieber das höhere Schmerzensgeld für die Heranziehung fremden Kapitals, ehe sie auf laufende, gewinnverprechende Unternehmungen verzichtet. Bis hierher jedenfalls die Kreditbeschränkungen von Kapital ganz beträchtlich gegen das Vorjahr gestiegen. Vom 1. Januar bis Ende Mai beliefen sich diese Beträge auf 681,35 Millionen Mark, gegen nur 581,26 Millionen Mark im 1911 und 515 bzw. 502 Millionen Mark in den gleichen Monaten der weiter vorangegangenen Jahre. Nur bei den Kapitalvermehrungen, also bei den Erweiterungen schon bestehender Unternehmungen, zeigte der letzte Mai eine kleine Abnahme um rund 2 Millionen Mark, gegen das außerordentlich lebhafteste Vorjahr. Dagegen waren die Neugründungen abermals im Mai um 12,86 Millionen Mark umfangreicher als im Vorjahre.

Manche Betriebe kommen jetzt sogar mit beispiellos großen Anprügen. So schlägt, nachdem in den Kreditfragen klar zu sehen ist, die Deutsche Drogen- und Farbstoff-Fabrikation ihren Aktionären eine Ausbeziehung des Stammkapitals um nicht weniger als 30 Millionen Mark, insgesamt auf 130 Millionen vor. Nach der Kapitalerhöhung vom April 1910, bei der 30 1/2 Millionen Mark emittiert wurden, ist das neue Projekt das größte Finanzgeschäft in der Geschichte dieses Konglomerates von Kohlenzechen, Hochöfen, Stahl- und Walzwerken.

Der enorm gestiegene Kupferbedarf hat auch auf die deutsche Handelsorganisation umwühlend zurückgewirkt. Neben den alten großen Metallhandelsfirmen sah sich der industrielle Verbrauch stark auf die Auslandsbörsen, in erster Linie auf England, angewiesen. Allmählich regten sich in Berlin und Hamburg Bestrebungen, schon zur Ersparung von Courtagen, Provisionen, Stempeln und Zinsen, vom englischen Zentrum unabhängiger zu werden. In Berlin begann man am 8. Juni u. J. mit handelsrechtlichem Lieferungsgeheimnissen in Kupfer. Anfangs waren die Umsätze klein; noch vor einem halben Jahre wurde ein täglicher Umsatz von 150 bis 200 Tons als sehr beträchtlich angesehen. Dann trieb die fortschreitende Weltmarktpreissteigerung die Kupferverbrauchernden Industrien rascher als sonst dazu, stärkere Deckungskäufe auf längere Zeit hinaus vorzunehmen. Zeitweise wurde an einem Tage bereits die Rekordlieferung von circa 2000 Tons erreicht. Jetzt soll offiziell ein förmlicher Terminhandel eingeführt werden, wie ihn schon seit 1906 die Berliner Metallhändlerkongregation empfohlen hat. Ein Antrag des Vorstandes der Berliner Produktienbörse ist bei der Regierung gestellt; die vorläufige Antwort des Reichsanwalts stellt keine weiteren Schwierigkeiten in Aussicht. Nach der „Frankf. Ztg.“ rechnen die Interessentenkreise, schon mit den Möglichkeiten einer späteren Zeit, wo die Notierungen an der Berliner Metallbörse nicht nur für Kupfer, sondern auch für Zinn, Blei und Zink als Grundlage für Abschlässe, beim Ein- und Verkauf von Erzen, Leuz- und Almetallen dienen könnten und dadurch eine fühlbare Kompensation von ausländischen Börsen herbeiführen. Eine unmittelbare Folge des börsenmäßigen Kupferhandels ist die Einführung der indossablen (ohne Formlichkeiten weiter übertragbaren) Lagercheine bei dem Lagerhaus des Reformers Kreises und bei den Lagerhäusern der Stadt Berlin. Wohl harzt die Barzahlungsfrage noch ihrer rechtsgeschäftlichen Lösung, aber die indossablen Lagercheine werden als Abschlagszahlung aufgeführt. Einlagerungen von Kupfer haben bereits stattgefunden.

Im Zusammenhang mit der günstigeren Konjunktur in Nordamerika scheint sich der Auswandererverkehr wieder zu heben. An der Zunahme war im Mai Hamburg verhältnismäßig stärker beteiligt als Bremen, dagegen behält Bremen noch immer das absolute Übergewicht. Es wurden im Mai Auswanderer (ohne Rückpassagiere) befördert:

Table with 5 columns: Location, 1912, 1911, 1910, 1909. Rows include Hamburg, Bremen, and Zusammen.

Die ersten fünf Monate zusammengerechnet, hob sich der Auswandererverkehr, bezogen mit dem Vorjahre für Hamburg von 35 443 Personen auf 50 899, für Bremen von 46 527 auf 68 753, insgesamt von 81 975 auf 119 652 Personen.

Berlin, 10. Juni 1912.

Max Schuppel.

Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Ganvorstehender gesucht. Für den Gau Bromberg wird ein Ganvorstehender gesucht. Die Anstellung soll möglichst sofort erfolgen.

Als Bewerber kommen nur Kollegen aus den Kreisen der gelehrten Arbeiter (Maurer) in Betracht.

Die Bewerbungen sind bis zum 10. Juli an den Ganvorstand, Kollegen M. i. ch. Wende, Bromberg, Thorerstraße 1, zu richten.

Von dem Geschäftshaus des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Hamburg sind neben den Postkarten auch photographische Aufnahmen hergestellt, die wir den Zweigvereinen zur Ausschmückung ihrer Bureauräume empfehlen. Besonders die Gesamtansicht des Hauses eignet sich als Wandschmuck.

Die Aufnahme, die auf einer Bildgröße von 18x24 cm auf Karton aufgezogen ist, kostet bei Franco-Zustellung pro Stück M. 2. Bestellungen sind an den Verbandsvorstand zu richten.

Eine Anzahl Zweigvereine haben Bestellungen auf Ansichtskarten vom Verbandshaus gemacht, ohne den Betrag zu empfangen. Nach dem versandten Rundschreiben werden solche Bestellungen nicht berücksichtigt.

Sierbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Zu den diesbezüglichen Anträgen sind die gedruckten Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Anträgen einzufügen.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 9. bis 16. Juni erteilt für:

Table with 5 columns: Zweigverein, Name des Mitgliedes, Beruf, Buch-Nr., Mann oder Frau. Lists members from various regions like Alpenröder, Bremen, Breslau, etc.

Vom 11. bis 17. Juni haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt:

Table with 2 columns: Name of the branch and amount sent. Lists branches like Altrabstedt, Anklam, Annaberg, etc.

- List of names and addresses: Gamm 500, Halle 3800, Geilbronn 1250, Gammow 5500, Gellendorf 70, Zingerleben 100, Jüterburg 402, 20, Jüterbog 400, Jever 300, Kaufberg 150, Kaufbeuren 250, Kempen 300, Lehm 500, Löwenberg i. Schlef. 400, Lobenz 640, Landsberg a. d. Warthe 400, Rangensa 150, Rade 2000, Roßow 200, Rühnow 400, München 10 000, Meißner 1500, Mannheim 2500, Mühlberg 3000, Neumünster 576,88, Neustadt a. d. Orla 100, Neubrandenburg 100, Deynhausen 550, Osterholz-Scharmbeck 400, Otrant 280, Osterode a. Harz 115,21, Peifferwitz 60, Pöhlitz 600, Pletzenhausen 500, Prenzlau 100, Pritzsch 2600, Reibitz 160, Reichenhain 100, Seibitz 200, Schnellau 250, Sremberg 254,50, Saalfeld 200, Sebnitz 1500, Schwerin 900, Staßfurt 400, Schwandorf 200, Stargard i. M. 60, Sonneberg i. Th. 350, Steinach i. S.-Pr. 300, Stede 243,75, Stadtgraben 200, Schlettsdorf 200, Straßburg i. Elb. 5000, Tiffit 1000, Timmenberg 100, Hm 800, Wegefeld 1000, Wriezen 100, Werbau 1400, Witzburg 800, Waltershausen 150, Wermelskirchen 200, Werft 360, Zittau 800.

Ansichtskarten vom Verbandshaus.

- List of names and addresses: Anklam M. 150, Bitterfeld 3, Brahe — 60, Eberswalde — 60, Goslar 150, Herzberg 150, Hamburg — 60, Kitzingen 150, Klosterlausnitz 150, Löwenberg i. Schlef. 150, Meißner 150, Landsberg a. d. Warthe — 60, München 6, Neubamm — 60, Neubrandenburg 3, Nürnberg 5, Prenzlau 3, Plauen i. Vogtl. 9, Riesa 120, Sandau 150, Schönebeck 180, Schwebing 150, Sagan — 90, Timmenberg 3.

Futtermale.

Burgstädt M. 5, Girsberg i. Schlef. 10, Jüterburg 10, Monneburg 2.

Kalender.

Muskau M. 15, Segeberg 22,50.

Der große Kampf.

Königsberg i. Pr. M. 100.

Fahrtbuch.

Mannheim M. 2,50.

Protokolle.

Wolfenbüttel M. 2.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 9. bis 15. Mai sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatzbücher dafür ausgestellt:

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsort, Geburtsdatum, Eintrittsdatum. Lists lost membership books with details.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2 des Statuts vom Zweigverein Brahe: Georg Schumacher, geboren am 16. Februar 1875 zu Hammelwarden, eingetretten am 23. Februar 1903, und Friedrich Gerdes, geboren am 14. Mai 1882 zu Brahe, eingetretten am 1. Juni 1901; vom Zweig

verein Cästrin: Hermann Schönebeck, geboren am 28. Juli 1881 zu Quartschen (Verb.-Nr. 125 199); vom Zweigverein Steinach: Emil Eichhorn, geboren am 22. März 1872 zu Steinach, eingetretten am 26. März 1911 (021 968), und Gustav Gahn, geboren am 8. Oktober 1868 zu Steinach, eingetretten am 26. März 1911 (021 969); vom Zweigverein Wasserburg: Mathias Stabler, geboren am 17. Oktober 1876 zu Wasserburg, eingetretten am 26. März 1905 (283 224). Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Dörfelhof Max Kolbe, geboren am 10. Dezember 1879 zu Glatz, eingetretten am 11. April 1901 (Verb.-Nr. 66 786), Arthur Wisleben, geboren am 13. November 1888 zu Breslau, eingetretten am 14. Juni 1908 (84 477), Aug. Meyer, geboren am 11. März 1889 zu Glatz, eingetretten am 29. April 1906 (65 970), Emil Herrmann, geboren am 28. August 1887 zu Baumdorf (65 969) und Alex. Prjbyl, eingetretten am 26. Juni 1910 (55 694); vom Zweigverein Dortmund (Zahlstelle Linen): Karl Bichter, geboren am 1. Mai 1879 zu Larpuzischen-Darfeim, eingetretten am 3. Oktober 1911 (014 047); vom Zweigverein Metz (Zahlstelle Gich): Roman Schöffmann, geboren in Gerat, Kreis König; vom Zweigverein Osnabrück: Otto Stiepelmann, geboren am 29. November ? zu Rotterdam, eingetretten am 8. Juli 1909.

Zweidienstliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen. Der Vorstandsvorstand.

**Bekanntmachungen der Gauvorstände.**

**Gau Bromberg.**

Sonntag, den 21. Juli, findet für den Gau Bromberg eine Gaukonferenz in Thorn statt. Mitteilungen über den Beginn der Tagung sowie über das Tagungsstatut und über die Tagesordnung erhalten die Zweigvereine auf schriftlichem Wege. Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, in der nächsten Mitgliederversammlung den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Der Gauvorstand.

J. A.: Jul. Gebel, Bromberg, Thorerstr. 1.

**Gau Hannover.**

Nachdem die am 9. Juni abgehaltene Gaukonferenz die notwendigen Ergänzungsarbeiten vorgenommen hat, legt sich der Gauvorstand wie folgt zusammen: Louis Barnstorff und Karl Sebode, Vorsitzende; Hermann Dreves, Kassierer; August Lampe, Schriftführer; Wilhelm Eggers, Fritz Niemann und Alfons Kopp, Beisitzer. Die Bureauadresse ist: Louis Barnstorff, Hannover, Nikolajstr. 7, 3. Et. Zimmer 83.

**Lohnbewegungen und Differenzen.**

**Deutschland:**

- Bebra. Streik.
- Bernburg-Gröna. Sperre über die Firma Fischer & Hagengut (Ziegelumbau).
- Bernsdorf. Sperre über den Unternehmer Schneider.
- Bordesholm, Voerde und Umgegend. Ansperrung.
- Borkum. Differenzen.
- Bütow. Sperre über die Firma Körnar (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft).
- Cöln. Sperre über Gebr. Friedhofen.
- Cöln. Gesperrt sind die Betonarbeiten der Firmen Gebr. Schömer und Hüfer bei der Herstellung des neuen Bahnkörpers, die Erdarbeiten des Unternehmers Besser am Fort Nüssenberg.
- Dömitz. Sperre über die Unternehmer Holzgreve, Groth und Torney.
- Dresden. Sperre über Burmeister & Weiß. (Firma für Kühlanlagen).
- Düsseldorfer-Land. Sperre in Benrath.
- Eilenburg. Sperre über die Celluloidfabrik.
- Emden. Partiieller Streik der Tiefbauarbeiter.
- Eisenach. Sperre über die Firmen Wilhelm Baum und Heinrich Buchenau in Herleshausen.
- Eydtkühnen. Differenzen für Maurer und Putzer bei der Firma Heier.
- Geseke i. Westf. Streik.
- Giessen. Sperre über die Firma Kröck & Nosseldreher in Heuchelheim.
- Greifswald. Sperre über das Baugeschäft H. Medenwald.
- Gross- und Klein-Besten. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers A. Wiemann.
- Gross-Umstadt. Lohn Differenzen.
- Güsten. Sperre über die Firma Burau.
- Gützkow. Sperre über die Firma Peters.
- Herzberg a. H. Sperre über Kunstin.
- Horst i. B. Sperre bei dem Unternehmer W. Schmidt auf Hahnenkamp.
- Iochtershausen. Streik bei der Firma Franz Maschen.
- Jarmen. Sperre über die Firma Brandt.
- Landsberg a. d. W. Sperre über den Unternehmer Schulz in Zantoch.
- Lehesten. Streik.
- Leipzig. Sperrung über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Bauten der Unternehmer Hennig und Beyer in Sellerhausen, Paulinestraße, sowie über die Firmen Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweimundorfer Strasse, und Bernhard, Leipzig, Hardenbergstr. 46.
- Lüdenscheid. Sperre über die Firma Kirchhof am Klettenberg. Die Bauten sind in Ehringshausen, Holzhausen und Herscheid.
- Lyck. Sperre über den Unternehmer Rinio.
- Magdeburg. Streik am dem Krupp-Gruson-Werk.
- Minden. Streik bei der Firma Held & Franke am Bau des Mittellandkanals.

- Mühdorf a. Inn. Streik.
- Mülheim-Oberhausen. Sperre über das Stahlwerk Thyssen.
- Nannhof. Sperre über Ebert & Hietschold.
- Neustadt a. H. Sperre über das Asphaltgeschäft von Ludwig Matern.
- Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises.
- Nürnberg. (Steinhauer.) Sperre über die Firma Leikam.
- Oderberg i. d. Rh. Streik.
- Pillkallen. Sperre über Kalcher wegen Vertragsbruchs.
- Podajuch. Sperrung über die Firma Köhnmann.
- Pritzbera. Streik.
- Reichenbach i. Vgl. Streik in Cinsdorf.
- Rügenwalde. Sperre über die Firma Papenfuß.
- Schönflusse. Streik.
- Schweinfurt. Sperre über die Eisenbetonbaugesellschaft Ruffinhaus aus München.
- Schwersenz b. Posen. Sperre über die Firmen R. Iwan und A. Höfig.
- Sensburg. Streik.
- Siegen. Streik.
- Soran. Streik.
- St. Margarethen. Ansperrung.
- Stettin. (Maurer.) Sperre über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzwick.
- Stralsund. Sperre über die Firma Range wegen Einführung der Akkordarbeit.
- Tengern (Zweigverein Löhne). Streik.
- Thorn. Sperre über die Firma Sawatzki aus Briosen.
- Vegesack. Sperre über den Abbruch des Unternehmers Meier.
- Wahlitz. Sperre über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.
- Westerstede. Streik.
- Wilhelmshaven. Sperre über die Firma Ludwig Lange auf der Kaiserlichen Werft.
- Wismar. Sperre über das Tiefbaugeschäft Nikolai & Wendler.
- Zinnowitz. Sperrung über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Mäcke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

**Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:**

- Bochum. Sperre über die Firma Werringloer.
- Dortmund. Sperre über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund.
- Essen. Sperrung über alle Arbeiten der Firma Lange sowie der Zwischenmeister Seinser und Dietrich Kuhn.
- Hamburg. Sperre über die Firma Aug. Hoehne Söhne.
- Mannheim-Ludwigschafen. Sperrung über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Rost.
- Mülheim a. d. R. Sperre über alle Arbeiten der Firma Krämer.

**Gipser und Stukkateure:**

- Bremen. Streik.
- Breslau. Sperre über die Firma Simlinger & Gode.
- Bruchsal. Sperre über die Firmen H. Knoch, Franz Glöck und E. Rullmann.
- Karlsbad i. B. Sperre über die Firma Holub.
- Kattowitz. Gesperrt wegen Lohn Differenzen sind die Firmen Beilich-Gleiwitz, Kopenhöfer-Beuthen, Baron-Königshütte und Pietruschka-Laurahütte.
- Kempten. Sperre bei der Firma Menninger.
- Konstanz. Sperre über die Arbeiten in der Anstalt Eichenau.
- Lörrach. Sperre über die Firma Wasmer.
- Mülheim a. Rh. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Vosen.
- München. Sperre über die Firma Fraton & Sellmaier.
- Osnabrück. Sperre über die Firmen Pernot und Brouwers.
- Pforzheim. Sperre über alle Geschäfte für Hilfsarbeiter.
- Schlottstadt. Sperre über die Firma Bertele.
- Luzern (Schweiz). Streik der Gipser und Stukkateure.

**Isolierer und Steinholzleger:**

- Berlin. (Steinholzleger.) Sperre über die Brandenburgischen Steinholzwärke.
- Cöln. (Steinholzleger.) Sperrung über die Eubelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Heinrichs.
- Düsseldorfer. (Steinholzleger.) Sperre über Nülle & Otto, Kettenbeil-Eisenach, Zweiggeschäft Düsseldorf und Barmen.
- Eisenach. (Steinholzleger.) Differenzen mit der Firma Otto Kettenbeil.
- Leipzig. (Steinholzleger.) Sperre über die Firma Emil Köllner, Asphaltwerk, Pölsnerweg.

**Oesterreich:**

- Görz, Klattau, Mies, Trautenaan, Strakonitz, Zwittau. Streik.

**Arbeitsmarkt.**

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Fleisburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Stade, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

**Gau Bremen.**

Aus Vegesack schreibt man uns: Gediegene Ansichten über die Pflichten aus einem Tarifvertrage hat der Unternehmer S. Meier (Schönebeck). Er beschäftigt eine Anzahl Arbeiter mit Abrucharbeiten auf der Seifenfabrik. Obwohl Meier Mitglied des Arbeitgeberverbandes für das Baugeschäft der Stadt Vegesack ist, zahlt er einen um 6 1/2 zu niedrigeren Stundenlohn. In einer Schlichtungskommissionssitzung, die sich mit dieser Vertragsverletzung

beschäftigte, führte er u. a. als Entschuldigungsgrund an, daß er vom Arbeitgeberverband seinen Vertrag erhalten habe. Als auch diese Ausrede ihm nichts nützte, erklärte er, aus dem Arbeitgeberverband austreten zu wollen. Den Lohn werde er nicht bezahlen. Er habe ferner noch keinen Anhang vom Arbeitgeberverband gehabt, sondern nur Söhnen. Er hätte die Leute nicht einmal selbst einstellen dürfen und ausgesücht seien ihm auch keine. Einstimmig wurde darauf beschlossen, den Unternehmer M. zur Nachzahlung zu verurteilen. Heber Meier ist nunmehr vom Zweigverein Vegesack die Sperre verhängt worden.

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: Die Firma Ludwig Lange-Hannover-Wilhelmshaven führt auf der Kaiserlichen Werft die Umänderungsarbeiten an den Dock 5 aus, die erst vor einigen Jahren von Holzmann & Cie. hergestellt worden sind. Bei dem Dockbau 5 hatte die Firma im vorigen Jahre für einige Wochen von der damaligen Verbandsleitung die Erlaubnis bekommen, statt neun Stunden, wie es der Tarif vorschreibt, zehn Stunden arbeiten zu lassen. Das sollte aber nur solange dauern, bis Dock 6 fertig war. Gleich im Frühjahr wurde dann von der jetzigen Leitung alles verfehlt, um die tarifliche Arbeitszeit auf gültigen Wege wieder einzuführen. Aber alles Verhandeln mit der Firma Lange sowie auch eine Eingabe an die Oberverwaltungsdirection hatten absolut keinen Erfolg. Wir haben deshalb in einer Klagerammlung am 10. Juni beschlossen, vom 12. Juni an nur noch neun Stunden zu arbeiten. Dies wurde von unseren Kollegen auch eingehalten. Nun sollte anstatt dem bisher üblichen Mauerwerk-Betonmauerwerk hergestellt werden. Durch diese Maßnahme wurden dann die meisten Maurer überflüssig, und am 15. Juni flogen 24 Maurer auf Straßenspazier. Wir haben aber beschlossen, uns derartige rigorose Maßnahmen nicht bieten zu lassen und haben über den Dockbau der Kaiserlichen Werft (Unternehmer Lange) die Sperre verhängt. Kein Maurer, Bau-, Beton- und Erdbauarbeiter kommt deshalb nach Wilhelmshaven und fällt uns in den Rücken!

**Gau Cöln.**

Aus Cöln wird uns mitgeteilt: Der Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Benrath a. Rh. ist nach achtstägiger Dauer am 11. Juni mit Erfolg beendet worden. In einer am 10. Juni in Benrath stattgefundenen, vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für das Baugeschäft in der Rheinprovinz einberufenen Sitzung gaben die Benrather Unternehmer sowie der Unternehmer August Notermund aus Gilden im Beisein der Arbeiterorganisationsvertreter die Erklärung ab, daß sie den Tarifvertrag auch für das Jahr 1912 anerkennen. Die Unternehmer hatten sich bekanntlich vorher geneigt, die schon am 1. April d. J. laut Tarifvertrag bezogene Lohnverhöhung von 2 1/2 pro Stunde zu bezahlen. Außerdem verlangten sie, daß anstatt der tariflichen neunzehnstündigen täglichen Arbeitszeit zehn Stunden gearbeitet werden sollte. Nach Anerkennung des Tarifvertrages beträgt der Stundenlohn für Maurer 66 und für Hilfsarbeiter 58 1/2, die tägliche Arbeitszeit neunzehnhalf Stunden. Hoffentlich sorgen die Bauarbeiter von Benrath und Umgegend durch eine straffe Organisation dafür, daß die tariflichen Bestimmungen nunmehr auch strikte eingehalten werden. Hauptächlich die unsern Zweigverein Gilden angehörigen Kollegen mögen sich diese Mahnung zu Herzen nehmen und sich die tarifliche Arbeitszeit recht genau merken.

**Gau Dortmund.**

Aus Minden wird uns über den Streik am dortigen Kanalbau geschrieben. Die ersten Streikbrecherkolonnen aus Hamburg kommend, trafen am 9. und 10. Juni hier ein. Am ersten Tage, Sonntag, war es der Streikleitung möglich, von 27 Mann 22 zur Umkehr zu bewegen. Von der am Montag, den 10. Juni eingetroffenen 104 Mann starken Kolonne nahmen 20 die Arbeit nicht auf. Als eine Schande muß es bezeichnet werden, daß in Großstädten noch so viele Menschen, in dem besten Alter stehend, zu solch schmadvollen Handwerk bereit sind. Trotz dieser Streikbrecher halten die Streikenden gut zusammen. Sorgen unsere Kollegen überall dafür, daß der Zug ferngehalten wird, dann wird der Kampf uns trotz alledem den Sieg bringen. Angeworben werden die Streikbrecher durch den Agenten Ludwig Knott, Hamburg, Koppel 108-110.

**Gau Erfurt.**

Aus Coburg schreibt man uns: Am 14. Juni ist der seit dem 20. März im hiesigen Baugeschäft tobende Kampf von den Streikenden für beendet erklärt worden. Am Montag, 17. Juni, erfolgt die Wiederaufnahme der Arbeit. Einen vollen Erfolg hat der Kampf diesmal noch nicht gebracht. Der Stundenlohn wird mit Wiederaufnahme der Arbeit um 2 1/2 erhöht. Es erhalten demnach die Maurer von jetzt ab 44, die Hilfsarbeiter 34 1/2 Stundenlohn. Während des über zwölf Wochen dauernden Kampfes waren in einer ganzen Anzahl Bauten durch Kündiger die Innenputz- sowie sonstigen Arbeiten des inneren Ausbaues fertiggestellt worden. Zu normalen Zeiten wird hier auch von den Maurern Innenputz hergestellt, welche Arbeiten die Kündiger während des Streiks sämtlich für sich reklamieren. Eine Verständigung darüber, was als Streikarbeit zu betrachten ist, war mit den organisierten Kündigern nicht zu erzielen. Die Bauten wurden somit bezugsfertig. Weiter gingen die für die Firmen Holzmann-München und Vertman-Cassel auszuführenden Arbeiten ihrem Ende entgegen, wodurch in den nächsten Tagen eine Zunahme der Zahl der Streikenden zu erwarten war. Die beiden Firmen hatten bekanntlich die Forderungen der Streikenden anerkannt. Singu kam die in letzter Zeit eingetretene Zunahme des Streikbrechergebühls. Alle die Gründe beantragten die Streikleitung, den kämpfenden allmählich den Abbruch des Kampfes zu empfehlen. In einer imstande beschaffenen Versammlung am 14. Juni trug Kollege Meyer-Erfurt den Kollegen die für Beendigung des Streiks sprechenden Gründe vor. Ebenso einstimmig, wie vor zwölf Wochen der Kampf beschlossen wurde, erfolgte seine Beendigung. In der Versammlung kam als die Meinung aller Kollegen zum Ausdruck, daß die zugebilligte Lohnverhöhung nur als Wahlschlüsselschlüssel angesehen werde. Wie bei allen Lohnkampfen, so waren auch hier Beförden, Zutritt und dergleichen liebevoll um die Interessen der Unternehmer besorgt. Mit Argusaugen wurden die Maus-

reißer bewacht, deren Waffspruch etwa lautete: „Mer san Bayern und Hessen allez nieder.“

Gau Hannover.

Zu der in Nr. 24 des „Grundstein“ berichteten Beendigung des Streiks in Herzberg am Harz wird uns geschrieben: Der für Maurer erreichte Stundenlohn beträgt nicht erst vom 1. April 1912 ab 40, sondern am 4. Juni d. J. trat eine Steigerung des Stundenlohnes auf 39 1/2 ein, welcher Sach sich am 1. Juni d. J. um einen weiteren Pfennig, also auf 40 1/2 erhöht.

Gau Königsberg.

Trotzdem der Streit in Sensburg schon in die fünfte Woche dauert, ist die Entscheidung noch nicht gefallen. Im Laufe der Woche fanden zwar Verhandlungen statt, die zu einer Verständigung führten, als die Unternehmer jedoch die getroffenen Vereinbarungen durch ihre Unterschrift bekräftigen wollten, lehnten sie die Unterzeichnung ab.

Gau Nürnberg.

Aus Nürnberg schreibt man uns: Daß sich die Arbeitsleistung der Bauarbeiter in den letzten zehn Jahren nicht nur verdoppelt, sondern verdreifacht hat, sieht heute jeder Laie, der hin und wieder Neubauten zu besichtigen wie Pilze aus der Erde wachsende Neubauten zu besichtigen.

Maschine. So, wie hier die Bauhilfsarbeiter ausgebeutet werden, ergeht es auch vielen gelernten Arbeitern. Dann hat aber nicht allein der Arbeiter unter dem Druck des Unternehmers oder dessen Unterehrer zu leiden, sondern dann leidet auch die Qualität der Arbeit außerordentlich.

Unser Gewinn im ersten Quartal.

Der Vorstandsvorstand übermittelt uns die Mitgliederzahlen für das erste Quartal dieses Jahres. Danach hatte der Verband am 31. März 1912 22815 Mitglieder, das sind 22815 mehr als am Schlusse des Jahres 1911.

Table with 4 columns: Gau, 4. Quartal 1911, 1. Quartal 1912, Summe. Lists various Gaue like Königsberg, Bromberg, Steffin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt a. Main, Göttingen, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Hildesheim, Dresden, Leipzig, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe, Straßburg.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Sachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigbar werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

Darmstadt. (Vierteljahrsbericht.) In der am 2. Juni abgehaltenen Delegierten-Generalversammlung waren 87 Delegierte, durch 41 Delegierte vertreten sowie 7 Ausschussmitglieder anwesend. Den Vauvorstand betrat Kollege Güttmann. Aus dem Quartalsbericht, der den Zahlenstellen gedruckt zugeandt und vom Kollegen Delp erläutert wurde, ging hervor, daß der Zweigverein auch im ersten Quartal wieder nennenswerte Fortschritte gemacht hat.

für Streiks verwendet M 2071,82, an Reiseunterstützung wurden ausbezahlt M 112, für Nachschuß M 112,20, an Reiseunterstützung M 137,60, an Krankunterstützung an 127 Mitglieder für 2590 Tage M 1101,57, ferner eine Ausgabe von M 2956,58 gegenüber, und zwar ist diese pro Mitglied und Quartal von M 1,48 auf M 1,38 zurückgegangen.

Bertrag. (M ü p l e i e n f r e m d g e s c h r i e b e n e r.) Noch sind jedem Kollegen die Artikel im „Grundstein“ über die Schlägereien der Fremdschreibern in der Schweiz in Erinnerung, und schon müssen auch wir über solche Taten berichten. Durch die gute Bautätigkeit im vorigen und diesem Jahre sind hier viel mehr Fremdschreibern beschäftigt als sonst.

Die Fremdschreibern Kollegen sind aber sehr oft damit nicht zufrieden. Mit allen Mitteln versuchen sie in den Besitz der vollen Unterstützung von M 1 zu kommen. Der eine Kollege erklärte einmal, er habe einen Bruder in Leipzig, bei dem er schlafen könne. Als er die ganze Unterstützung erhalten hatte, kamen seine Freunde und verlangten ebenfalls die volle Unterstützung.

Straßburg. (Situationsbericht.) Am 4. Juni hielt der Zweigverein Straßburg seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Der Versammlung wurde eine Liste über eine Wartenkontrolle vorgelegt, wonach im Stadtgebiet 3 Warten im Keller, 1 Warte in der ersten Etage, 3 Warten in der zweiten Etage, 3 in der dritten Etage und 11 Warten im Dachstuhl sind.

so auf dem Posten, wie es sein müßte. Nach dem Bericht der Baudeputierten — es waren nur vier davon vorhanden, auf allen anderen Bauten hatten die Kollegen keine Gewähr, meistens haben die Kollegen auch nicht den Mut, derartige Posten anzunehmen — fehlte auf einer Arbeitsstelle in der Baubau der Tisch, auch ist der Fußboden nicht gepflastert. Auf einer anderen Stelle ist das Klosett schlecht, wieder auf einer anderen Stelle fehlen die Unfallversicherungsversicherungen usw. Gegen diese Mißstände wird von den Kollegen leider nicht eingeschritten. Statt daß alle hier Hand ans Werk legen, arbeiten sie auf ungenügend abgedeckten Bauten in lebensgefährlicher Lage und sagen hierzu nichts. Ist es doch vor kurzer Zeit auf einem Neubau in der Fährhoffstraße passiert, daß ein Kollege von einer Mütze herunterfiel und heute noch krank ist. Wäre eine Brustwehr vorhanden gewesen, hätte er nicht herunterfallen können. Leider bekommt der Vorstand von den Unfällen immer erst vier Wochen später etwas zu wissen. Kollegen! Das muß anders werden. Ueber Unfälle muß dem Vorstand sofort berichtet werden und etwa vorhandene Mißstände müssen der Bauarbeiterkommission gemeldet werden, die ein Inquiritenposten, damit diese Mißstände beseitigt werden. So günstig, wie die Arbeitsverhältnisse liegen, ist auch die Mitgliederbewegung. Seit doch der Zweigverein Straßburg innerhalb fünf Monaten nebst fünf Beiratsmitgliedern aus anderen Organisationen 127 neue Mitglieder gewonnen. Leider fehlen viele Kollegen die Arbeiterorganisation nur als eine Durchgangsstation an und verschwinden ebenso schnell wieder, wie sie gewonnen werden. Auf dem Gebiete der Auffklärung ist also noch ein großes Tätigkeitsfeld für die Mitglieder offen; an der Auffklärung der neu gewonnenen Kollegen über Zweck und Wert der Gewerkschaft muß sich jeder Kollege beteiligen, damit diese sich über den Kapital- und Unternehmertum abhängigen Stellung bewusst werden und die Gewerkschaftsorganisation als einen Hort gegen Willkür und Brutalität betrachten. Kollegen! Wir müssen alle daran arbeiten, daß der Deutsche Bauarbeiterverband zu einem mächtigen Ball gegen den Terrorismus der Unternehmer wird. Wir dürfen nicht eher ruhen, bis sich auch der letzte Berufscollega unserer Organisation angeschlossen hat.

**Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.**

Seit einiger Zeit macht sich ein starker Zug von Maurern und Hilfsarbeitern nach Dresden bemerkbar. Da dort bereits Kollegen arbeitslos sind, warnt der Zweigvereinsvorstand jeden Kollegen, der keine Entlohnung erhalten will, vor der Reise nach Dresden. — In **Noritz** hat die Arbeiterchaft über Krohns Gasthof und H. Wulfs Wirtschaft den Boykott verhängt. Unsere Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß Boykottbruch gleichbedeutend mit Streikbruch ist. — Der Zweigverein **Halle a. d. S.** teilt mit, daß dort seit einigen Wochen die Arbeitslosigkeit sehr stark nachgelassen hat und daß auch keine Aussicht auf Besserung vorhanden ist. Die reisenden Kollegen mögen dies beachten.

**Außerordentliche Gauhkonferenz für den Gau Hannover.**

In Nr. 34 des „Grundstein“ vom vorigen Jahr berichteten wir, daß eine am 6. August stattgefundene Gauhkonferenz es abgesehen hat, an Stelle des aus dem Gauvorstand ausgeschiedenen Kollegen Basse einen neuen Gauleiter zu wählen. Die Sache beschäftigte wiederholt den Verbandsvorstand und schließlich auch den Verbandsauschuss. Beide Körperschaften waren darin einig, daß es einem einzelnen Gau nicht gestattet werden kann, Beschüsse eines Verbandstages aufzuheben, und sie waren auch darin einig, daß für den Gau Hannover zur Vertretung der Agitation und zur wirksamen Vertretung der Kollegen die Anstellung eines zweiten Gauleiters unbedingt erforderlich ist. Im Einverständnis mit dem Gauvorstand wurde daher zum 9. Juni erneut eine Gauhkonferenz nach Hannover einberufen, die zu der wichtigen Frage Stellung nahm. Die Konferenz tagte im Gewerkschaftshaus. Es waren 73 Delegierte anwesend; 16, meist kleine, Zweigvereine waren wiederum nicht vertreten. Vom Verbandsvorstand waren die Kollegen Behrendt und Winnig, vom Verbandsauschuss Kollege A. Dähne anwesend.

Vor Erledigung des eigentlich wichtigsten Punktes der Tagesordnung hielt Kollege Winnig ein Referat über den gegenwärtigen Stand des Bauarbeiterverbandes. Nach dem Bericht des „Vollstweil“ führte er kurz folgendes aus: Es sei immer wieder notwendig, bei den Konferenzen aller Arbeiterorganisationen die Grundfragen der internationalen Arbeiterbewegung zu erörtern, zu zeigen, wie auch die tägliche gewerkschaftliche Kleinarbeit in den Rahmen der allgemeinen Arbeiteremancipation hineingehöre. Die heutige Gesellschaft sei von unüberwindlichen Gegensätzen zerrissen. In dieser Wirrnis ständen die Arbeiter, erfüllt von der Sehnsucht nach Anteilnahme an den Gütern der Kultur. Diese Anteilnahme sei aber erst dann in vollem Umfange möglich, wenn die bestehende Eigentumsordnung einer neuen und vollkommeneren gewichen, sei, einer Eigentumsordnung, die den Kulturfortschritt der ganzen Menschheit ermögliche. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es nötig, die politischen und wirtschaftlichen Machtmittel der Arbeiterchaft zu stärken, um den Sieg über die Bourgeoisie, über die kapitalistischen Ausbeuter vorzubereiten. Das sei nun auch die Aufgabe der Gewerkschaften. Der Deutsche Bauarbeiterverband leiste ebenfalls treu und gern die Mitarbeit im weltgeschichtlichen Emancipationskampf. Er wisse, daß es sich nicht allein um Lohnerböhrungen und Arbeitszeitverlängerungen handle, sondern daß alles nur Weltorgansarbeit sei auf dem Wege nach dem Endziel: geistige und wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterchaft, der ganzen Menschheit. Der Deutsche Bauarbeiterverband habe sich im Jahre 1911, dem ersten Jahre seiner Neugestaltung, glanzvoll entwickelt. In einzelnen Gebieten des Verbandes sei aber doch noch viel Werkarbeit zu leisten, auch im Gau Hannover, am Harz, in der Heide, in den Gegenden, wo die Metallindustrie aufblühe, wo Tausende von Arbeitern ausgebeutet würden. Hier seien die Arbeiter aufzuklären und für den Bauarbeiterverband zu gewinnen. Der Arbeitgeberverband habe zwar an Mit-

gliederzahl abgenommen, etwa 4000 Mitglieder verloren, aber seine Bedeutung bestehe in dem Weisig bedeutender Wehrschäfte. Bemerkenswert sei die Organisation im Betongewerbe, die bei den Unternehmern besser sei, als bei den Arbeitern. Das deutsche Arbeiterbrotum tonfolliere sich im weitesten Umfange. Neue Kämpfe drohten, und es sei möglich, daß nach zehn Jahren die gesamte deutsche Arbeiterchaft im Kampfe mit der Gesamtheit der deutschen Industriellen stehen werde. Daher müsse jeder Arbeiterverband mit der größten Energie für seine Festigung und Ausdehnung arbeiten. Was die christliche Bauarbeiterorganisation anbetreffe, so habe sie im Jahre 1911 gewisse Fortschritte gemacht. Im Gau Hannover habe sich die Entwicklung der christlichen Organisation im Jahre 1911 in den engsten Grenzen gehalten. Wichtiger als die Frage der geringen Mitgliederzahl sei die Frage, wie sich der christliche Verband bei den im Jahre 1913 drohenden Kämpfen mit dem Unternehmertum verhalten werde. Bekanntlich habe das Zentrum die traurige Rechtsäußerung gemacht und sich mit der konservativen Reaktion verbündet. Die christlichen Gewerkschaften, die sich wegen ihrer früheren gewerkschaftlichen Haltung das Mißfallen des Papstes zugezogen hätten, seien ebenfalls die Schlepenträger der Reaktion geworden, sie hätten sogar Männer wie den Exkretariat R. Seydewitz bei der Wahl unterstützt. Da sei also immerhin die Gefahr vorhanden, daß die Bauarbeiter nicht, wie im Jahre 1910, auch im Jahre 1913 dem Unternehmertum bei etwa ausbrechendem Kampfe eine geschlossene Front entgegenzusetzen könnten. Es sei zu befürchten, daß die Christlichen den Redungen der Arbeiterfeinde erliegen würden. Die Folge hiervon sei, daß alles aufgegeben werden müsse, die eigene freie Gewerkschaft zu stärken, die Machtmittel des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu bereinern, um für den Kampf gewappnet zu sein. Wie werde es nun im Jahre 1913 werden? Es seien Anzeichen vorhanden, daß die Arbeitgeber der Verband zum Kampfe reizen möchten. Sie seien über den Ausgang des Kampfes im Jahre 1910 sehr enttäuscht gewesen. Abgesehen von einzelnen materiellen Zugeständnissen sei es dem Verbandsgegner gelungen, die Gleichberechtigung im Tarifvertrage zu sichern. Das Unternehmertum bestreibe die Stärkung des Verbandes und werde deshalb nach Gelegenheiten suchen, um die Arbeiterchaft zum Kampfe anzureizen. Das Objekt des etwa kommenden Kampfes im nächsten Jahre würden nicht Prinzipienfragen, sondern Fragen materieller Interessen sein. Was die Lohnpolitik des Verbandes anbetreffe, so sei zu bemerken, daß in Großstädten zwar Lohnverböhrungen erkämpft seien, daß aber Hunderte von Arbeitern in Sommerarbeitslos dalägen. Es gebe noch manche zurückgebliebenen Gebiete, für die höhere Löhne zu erkämpfen seien. Auch die Arbeitsverträge bedürften an verschiedenen Orten der Verbesserung. Das Vertragswesen sei auszubauen. Wenn man an die zu erwartenden Kämpfe denke, so sei zu bedauern, daß fast die Hälfte aller Verbandsmitglieder erst seit fünf Jahren organisiert seien, also noch nicht für den Kampf zu gesult seien, wie wünschenswert. Da müsse die Zeit bis zum nächsten Kampfe gründlich ausgenutzt werden. In die Verammlungen müsse ein höherer Schwung kommen. Aufklärungsarbeit müsse geleistet, die Disziplin geschärft werden, nicht der flüchtigen Gehorham, sondern die Einsicht von der Notwendigkeit der freiwilligen Einordnung in den Interessenzirkel der Allgemeinheit. Dann werde der Verband innerlich gestärkt und, wenn immer neue Kollegen angeworben würden, auch nach außen kampftätig sein.

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag berichtete Kollege Warnstorf über die Entwicklung der Organisation im Gaugebiet. Im Jahre 1911 seien 4487 neue Mitglieder aufgenommen. Ende September 1910 habe die Mitgliederzahl 11 987 betragen, darunter 8849 Maurer und 3138 Bauhilfsarbeiter; Ende September 1911 habe die Mitgliederzahl 13 614 betragen, darunter 10 083 Maurer und 3531 Bauhilfsarbeiter. Auffallend sei die geringe Zunahme der Zahl der Hilfsarbeiter. Es sei im Gau Hannover noch viel Feld zu beackern. Der Gauvorstand habe außerordentlich angestrengt arbeiten müssen; im Jahre allein etwa 255 Reisen zu machen gehabt. Außerdem habe er auch seine politischen Pflichten erfüllen müssen. Manche Orte in der Heide, wo allerdings noch fleißig zu agitieren sei, habe er wegen Zeitmangels nicht besuchen können. Die Zahl der Eingänge auf dem Gaubureau habe im vergangenen Jahre 1911, die der Ausgänge 1611 betragen. Die Arbeiten bei statistischen Aufnahmen, Ueberwachung der Vereine, bei der Agitation usw. seien so gehäuft, daß der Gauvorstand in der Tat überlastet sei, weshalb sich die Anstellung eines zweiten Gauleiters rechtfertige. Die Arbeitszeit im Gau sei im allgemeinen eine zehnjährige, nur in Heften a. d. S. noch eine elfstündige. In einigen Orten sei die Mitgliederbewegung etwas zurückgegangen, auch in Hannover infolge der ungnügigen Konjunktur. In Braunschweig sei die Bewegung erfreulich aufsteigend. Die Zahl der Mitglieder sei hier um 443 gestiegen, wovon die Zunahme der Mitglieder im christlichen Verbands um 68 kaum etwas bedeute. Die Mitgliederbewegung im christlichen Verbands sei aufsteigend zum Stillstand gekommen. Der Nordwestdeutsche Arbeitgeberverband mache schon einen Krebsgang; die Zahl der Mitglieder sei von 1199 auf 965 zurückgegangen. Kollege Warnstorf gab dann an der Hand einer den Delegierten gebraucht vorliegenden Statistik einen Ueberblick über die Entwicklung der Ähne in der Zeit vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1912. Unter anderem seien sie in Braunschweig von 50 auf 60, in Göttingen von 31 auf 49, in Hannover von 47 auf 69, in Nienburg von 45 auf 60, in Wilsdorf an der Luhe von 36 auf 59, in Hildesheim von 35 auf 52, in Hameln von 35 auf 51, in Nienburg von 32 auf 52, in Nordheim von 25 auf 42, in Heilborn von 25 auf 45, in Celle von 45 auf 57 gestiegen. In den meisten Orten sei die Lohnverhöhung indessen doch verhältnismäßig gering; wenn berücksichtigt werde, daß der Lebensunterhalt um 36 bis 40 Prozent verteuert worden sei. Daß der gewerkschaftlichen Forderung zeigen die Ähne im Baugewerbe eine steigende Tendenz, auch die Verlängerung der Arbeitszeit wurde verhängt, aber das Unternehmertum helfe sich durch Erhöhung aller Preise. Im allgemeinen sei bei den

nächsten Vertragsverhandlungen also eine entsprechende Lohnverhöhung zu fordern. Aus der vom Gauvorstand vorgelegten Statistik über die Lohnbewegung im Gau Hannover sei noch hervorzuheben, daß in Göttingen beim Tarifabschluss im Jahre 1910 die Bauhilfsarbeiter von dem Unternehmern 2,3 zu wenig erhalten haben. Der Lohn betrug bei der Aussprechung 34,3 und müßte sich auf 35,37 und 39,3 erhöhen, hat sich aber nur auf 35,36 und 37,3 erhöht. Das muß bei den nächsten Tarifverhandlungen wieder ausgeglichen werden. Der Unterschied zwischen den Löhnen der Maurer und Hilfsarbeiter ist in manchen Orten verhältnismäßig viel zu groß; er beträgt zum Beispiel in Hannover 12,3, in Helmstedt 13,3 und in Nienburg sogar 14,3. Bei den nächsten Tarifverhandlungen muß auch in dieser Beziehung eine größere Harmonie angestrebt werden. Der Gauleiter konnte zum Schluß feststellen, daß es im allgemeinen im Gau Hannover vorwärts gehe, daß aber der Aufstieg noch schneller erfolgen werde, wenn jedes Verbandsmitglied seine gewerkschaftlichen Pflichten treu erfülle und jeder an seinem Platze ein zielbewußter Agitator sei. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Mittagspause berichtete Kollege Ahrens über die Tätigkeit der Kommission, die die Wahl eines zweiten Gauleiters vorbereitet hat. Die Stelle des zweiten Gauleiters sei öffentlich ausgeschrieben worden mit Rücksicht auf die Bedeutung des veramtungsreichen Postens. Aus einem großen Bewerbungsverfahren soll der Richtige ausgesucht werden. Es lägen fünf Bewerbungen vor, von denen die Kommission drei ausgeschieden habe. Die Kommission schlage nach reiflicher Ueberlegung und Prüfung den Kollegen Sebode an erster Stelle zur Wahl vor. Es werde Sebode nicht nur deswegen vorgeschlagen, weil er Hannoveraner sei, sondern weil er sich schon als Verbandsbeamter im Gau bewährt habe, ein kenntnisreicher und gesulter Gewerkschaftler sei, der den anstrengenden Arbeiten des zweiten Gauleiters gewachsen sei. — Kollege Heinrichs-Göttingen erinnerte daran, daß der Verbandstag im Jahre 1910 in Leipzig beschloffen habe, daß der Gau Hannover einen zweiten Gauleiter anstellen solle. Die Gaukonferenz im November 1910, auf der die Beschloffenung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter erfolgte, habe sich damit einverstanden erklärt. Insbesondere die auswärtigen Delegierten aus den Reichstädten hätten sich auf dieser Konferenz einmütig zur Hoßhaltung der Beschloffenung des Verbandstages erklärt. Auf der Gaukonferenz im Jahre 1911 seien auswärtige Kollegen ungeschlagen und hätten sich unter dem hannoverschen Hoch begeben. Die Hannoveraner mitgliedern den Verbandstagsbeschluß. Nun sollte ihnen zuliebe die Anstellung des zweiten Gauleiters abgeseht werden. Wobin das aber läure, würden die Hannoveraner bald erleben. Auf dem nächsten Verbandstage im Jahre 1913 werde ihnen schon die Wahrheit gesagt werden. Der „Grundstein“ werde auch im Auslande gelesen, und wenn die ausländischen Gewerkschaftler dann erführen, daß der Gau Hannover die Beschloffenung der höchsten Instanz nicht respektiere, sei der Gau Hannover vor der ganzen gewerkschaftlichen Welt blamiert.

Der Vorsitzende des Verbandsauschusses, Kollege Dähne-Berlin, ersuchte dringend, die Verärgerungspolitik doch nicht zu weit zu treiben, alles durcheinander zu werfen und dann dem nächsten Verbandstag die Entscheidung zu überlassen. Der Verbandsauschuss habe sich vom Vorstand des Gau Hannover sehr genau informiert lassen und sich überzeugt, daß die Anstellung eines zweiten Gauleiters ein großes Bedürfnis sei, wenn die Organisation auf der Höhe bleiben solle. Der Gauvorstand warntorf sei mit Arbeit überlastet. Es sei dem Gauvorstand zurzeit gar nicht möglich, zurückgebliebene Orte zu bearbeiten, die dort wohnenden Kollegen über die Pflichten und Rechte im Verbands zu belehren, sie für den Kampf zu schulen, wenn sie für den Verband gewonnen würden. Der Gau Hannover sei einer der größten im Verbands. Die Organisations- und Agitationsarbeit sei so umfangreich, daß eine Hilfskraft nicht ausreichte. Nur eine erst angefertigte zweite Gauleiter interessiere sich bauernd für die Lösung der schweren Aufgaben und sei stets zur Stelle. Wächten die widerstrebenden Kollegen im Gau endlich das Kriegsweil begraben, den Verbandstagsbeschluß hochhalten und im Interesse des Gaues den zweiten Gauleiter anstellen. Das empfehle der Verbandsauschuss angelegentlich. — Kollege Laubinger-Hildesheim empfahl die Wahl Sebodes, der sich als zweiter Gauleiter vorzüglich eigne. Auf der vorigen Gauhkonferenz sei die Wahl des zweiten Gauleiters nur deshalb gescheitert, weil der vorgelegene Kandidat aus persönlichen Gründen der Mehrheit nicht genehm gewesen sei. Delegierter Hermann glaubte, ein Bedürfnis für die Anstellung eines zweiten Gauleiters nicht nachgewiesen sei. Warnstorf habe sogar Zeit gehabt, bei Gewerkschaftsfesten Reden zu halten. Der Vorstand solle das Geld des Gaues nicht verpulvern. Kollege Kiehn Hannover entgegenete, der Gauvorstand werfe das Geld doch nicht zum Fenster hinaus. Es sei nur anzuerkennen, wenn der Gauleiter bei all der schweren Arbeit auch mal etwas Zeit finde, politisch seine Pflichten zu tun im Interesse der ganzen Arbeiterchaft. Warnstorf habe nicht einmal seine Ferien ausnützen können. In 285 von 300 Arbeitstagen habe er außerhalb Hannovers arbeiten müssen. Kollege Willers-Hannover sprach gegen die Anstellung, der Vorsitzende der Konferenz, Kollege Schulz-Braunschweig, dafür.

Als Vertreter des Verbandsvorstandes forderte Kollege Behrendt die Konferenz auf, die Beschloffenung des Verbandstages im Interesse der ganzen Organisation hochzuhalten. Die Arbeit der Gewerkschaftsbeamten habe sich immer mehr. Die Arbeiterorganisationen besteuerten heute eine Macht, die aufrechtzuerhalten die Führer verpflichtet seien. Dann müßten sie aber auch Zeit dazu haben. Mit einem Gauleiter könne man die Agitation im Kampfe gegen das Unternehmertum nicht überlegen führen. Außerdem sei zu bedenken, daß gerade im Gau Hannover noch weite Strecken brach lägen, die mit einem Gauleiter nicht befruchtet werden könnten. Die Zustände im Gau Hannover forderten gebieterisch die Anstellung eines zweiten Gauleiters, sonst gehe es wieder rückwärts. — Kollege Martin-Holzminden trat nunmehr im Interesse des plattländischen Landes für die Anstellung eines zweiten Gauleiters ein, der dem ersten Gauleiter bei der Agitation, Aufklärungsarbeit, Anleitung zur Kassen- und Buchführung usw. helfe.

müsse. Gerade der Mangel an Aufklärung und Organisation sei die Ursache, daß die Streikbrecher meist vom Lande kämen. Es hieße Geld verlieren, wenn man den zweiten Gauleiter nicht anstelle. Die kleinen Vereine auf dem Lande machten die Verärgerungspolitik des Kollegen Geinrich nicht mit. — Kollege W i l l e r - Göttingen pflichtete dem Vorredner bei und wies u. a. auf den Sölling hin, wo weit über 1000 Kollegen keine Ahnung von der Bedeutung der Organisation hätten. Er habe sei mit den Verhältnissen im Gau durchaus vertraut, er kenne die Eigenart der Hannoveraner und sei ein durchaus erfahrener Gewerkschaftsbeamter. Auch Kollege W i l l e r empfahl die Anstellung des zweiten Gauleiters. — Kollege B a r n s t o r f wies nochmals die Notwendigkeit der Anstellung nach und wies auch darauf hin, daß noch viel Terrain für den Verband zu erobern sei. So seien z. B. in Uslar nur 54 Kollegen organisiert, während noch etwa 200 zu gewinnen seien. — Kollege W i n n i g empfahl im Namen des Verbandsvorstandes die Anstellung des zweiten Gauleiters, vor allem im Interesse des Landes, das hinter den Städten so weit zurückgeblieben sei. Die städtischen Kollegen machten ihren Widerstand aufgeben. Die ganze Fülle der Agitations- und Schulungsarbeit sei jetzt nur auf eine einzige Person gehäuft. Die Anstellung eines tüchtigen Beamten, der sich lebhaft für Organisationsarbeit widmen könne, werde sich auch finanziell bewähren. Die wichtigste Seite der Anstellungsfrage sei aber eine demokratische. Als der Verbandsvorstand im vorigen Jahre von der Ablehnung des zweiten Gauleiters gehört habe, habe er sich gesagt, jetzt müsse der neue Zeitpunkt abgewartet werden, in dem die widerstrebenden Delegierten, ohne innere Krisen heraufzubekommen, zur Pflicht zurückzuführen seien. Jede Arbeiterorganisation müsse sich auf feste Rechtsgründungen stützen. Vor dem Gesetz der Demokratie könne die Nichtachtung der Beschlüsse der höchsten Verbandsinstanz und des Zitats nicht bestehen. — Kollege M e i n e r z - Hannover erklärte, auch in Hannover lange man die Angelegenheit ruhig zu betrachten. Für die Kollegen auf dem Lande und im Hinblick auf die drohenden neuen Kämpfe mit ihrer intensiven Agitationsarbeit sei die Anstellung des zweiten Gauleiters ein Bedürfnis. Einige hannoversche Kollegen, die noch Opposition gegen die Anstellung eines zweiten Gauleiters glauben treiben zu müssen, mögen ihren Standpunkt aufgeben und das gemeinsame Ziel im Auge haben: einig und geschlossen die Front gegen den Gegner gerichtet. In den sicher kommenden großen Kampf müßten alle Kollegen Hand in Hand hineingehen.

Die Debatte wurde hierauf geschlossen. Die Anstellung eines zweiten Gauleiters wurde sodann gegen eine ziemlich starke Minorität beschlossen. Aus der Wahl mittels Stimmzettel ging der Kollege S e h o d e r, bisher zweiter Vorsitzender des Zweigvereins Hannover, mit 85 Stimmen als Sieger hervor. Auf einen andern Bewerber fielen zwölf Stimmen, zehn Stimmzettel waren unbeschieden. Kollege S e h o d e r nahm die Wahl an und versprach, all seine Kräfte für die Förderung der Organisation einzusetzen und damit das ihm bewiesene ehrenvolle Vertrauen zu rechtfertigen. Der Versammlungsleiter, Kollege Schulz-Beaun-schweig, begrüßte das Wahlergebnis im Interesse des Friedens im Gau. Die Bauarbeiterschaft sehe den Angriffen des starken Feindes mutig und hoffnungsvoll entgegen. Den Sieg werde sie erkämpfen, wenn sie in sich geeinigt sei. Zu dieser Einigung habe auch die Konferenz beigetragen. Mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Bauarbeitersverband wurde die Konferenz abends 6 1/2 Uhr geschlossen.

**Ueber Geschmacksverirrungen bei Rednern**  
macht er, in der „Metallarbeiterzeitung“ folgende bemerkenswerte Ausführungen: „Die Frage: Wie gestalten wir die Propaganda für die Ziele der Arbeiterbewegung am erfolgreichsten? rührt an ein schwieriges und letzter erörtertes Problem. Seiner Natur nach läßt dieses Problem eine Erörterung auch wenig fruchtbar erscheinen. Denn seine tausendfachen Seiten, von denen jede einzelne wiederum Verschiedenheiten aufweist, die jeder Agitator, sei er im Angestelltemverhältnis oder nicht, nach seiner Weise, Befähigung und Veranlagung individuell bearbeitet, lassen sich in kein System bringen. Und das ist gut so. Aber davon soll auch gar nicht die Rede sein, sondern von einer ganz besonderen Art — oder richtiger gesagt, von einer Ab- oder Umkehr der Agitationsmethode: Das charakteristische Merkmal dieser Spezies findet seinen Ausdruck in einer — wie soll ich sagen — reaktiven Metodik oder, um es populärer auszudrücken, in der sogenannten Kräfte. Damit sind alle jene Redewendungen gemeint, die zwar einen maßvollen Klang haben und deshalb von vielen Zuhörern nicht ungern vernommen werden, die aber vor der kritischen Vernunft nur leerer Schall sind und in ihrer Nichts zusammenbrechen. Dieser Methode begegnen wir in der Regel bei Rednern, die intellektuell am meisten entwicklungsbedürftig sind, und sie findet ein Echo in solchen Kreisen, wo all-gemein primitive Verhältnisse auch das geistige Niveau bedrücken. Dadurch, daß solche Kreise weder noch nicht den Sinn und die Tragweite jedes Satzes zu erfassen vermögen, kann es vorkommen, daß selbst der nächstfolgenden Bemerkung — ungeleiteter Besatz — geollt wird. Sie können noch nicht das Wort ab nach dem Inhalt, nach der Bedeutung, sondern hören nach dem Klang. Und der ist bei Rednern voll und schön, sonst wären es keine. Was aber sollen aufgestaute Arbeiter, denken beim Vernehmen mehrerer gleichzeitiger der unergieblichen Satz vorlaut: „Kamp gegen die bürgerliche Gesellschaft bis auf Messer!“ Das war ein so edler, unverfälschter Klang! Wer man kann mit diesem Satz absolut nichts anfangen, aus ihm keine Lehre, keine Direktive ziehen; nur der Eingeweihte kann ihn deuten. Denn ein Kampf bis auf Messer oder mit dem Messer gegen die bürgerliche Gesellschaft ist nicht nur undenkbar und unmöglich, er wäre auch unsozialistisch, absurd. Der Redner wollte aber wahrlich das auch gar nicht sagen, vielmehr einen Sinn zum Ausdruck bringen, wie er sich in dem Satz Regt: Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft bis zum Sieg des Sozialismus. Dann aber hätte hinterher auseinandersehen müssen, was dieser Sieg bedeutet. Dadurch wären den Zuhörern nicht nur die Ziele

des Sozialismus dargelegt worden, sie hätten sich auch Gedanken machen können über die Mittel, die anwendbar und siegverheißend erscheinen im Kampfe um diese Ziele. Dann wäre aber wohl niemand auf das „Messer“ verfallen; denn es wäre ihm dann zu bunt vorgekommen. Wer mit der Agitation vertraut ist, weiß, daß solche Redensarten nicht nur gelegentliche Entgleisungen sind, sondern immer wiederkehren. Eine gewissenhafte Agitation jedoch wird sie stets vermeiden, um so mehr, weil sie aufgestaute Arbeiter nur an Stoffmitteln benötigen, den Lernenden und nach Erkenntnis Suchenden aber Schwierigkeiten in den Weg legen: „Das gleiche gilt den Redewendungen von der Periklärung der Gesellschaft, oder von dem Weltbrand, der einmal vor Jahren ein „christlicher“ Bergarbeiterklub in Aussicht gestellt hat, wie von allen anderen ähnlichen Redensarten. Man kann mit scharfen Worten und hinreichender Boreitsamkeit die Arbeiterklasse aufklären und kampfbereit machen, ohne sich inhaltlicher Phrasen dabei zu bedienen. Derlei hohle Worte, so beliebt sie auch sein mögen und so sehr sie geeignet sind, einen Augenblicksbeifallschrei zu erzielen, haben jedoch für die moderne Arbeiterbewegung keinerlei bleibenden Wert. Denn die freibare, nach höherer Kultur lechzende Arbeiterklasse kann nichts daraus entnehmen, nichts Reales dabei denken, nichts durch sie zu lernen finden, was sie sucht und braucht: Wissen und Erkenntnis. Diele aber allein sind die nie verlassende Quelle, aus der sie sowohl für den großen politischen Kampf als auch für den nervenzerüttenden gewerkschaftlichen Kleinkampf die Kraft und die Intelligenz zu schöpfen vermag, die notwendig sind, um den Sieg zu erzwingen. Daher sollte es jedes Agitators in der Arbeiterbewegung Pflicht sein, die eigene Agitationsmethode zu überprüfen, ob sie frei ist von Ingebundenem Schwall, dem ein realer Sinn nicht innewohnt. Wie der Lehrer dem Schüler nur durch ruhiges, inkultivales Verhalten der Materie Wissen vermitteln kann, so kann es auch nur eine Agitation, die reinhalten ist von redbene r i f f e n u n d S t r e n n i s s e n. Diele können der Arbeiterbewegung nur schaden, im besten Falle nichts nützen. Fort mit ihnen! Die Propaganda wirkt ohne sie nachhaltiger und wird dadurch für die Arbeiterbewegung zum bleibenden Vermächtnis.

**Rech**

hatte der christliche Bauarbeitersverband mit seinem Bezirksleiter für den Bezirk Breslau, Eduard Pfeffer, einem sehr freitbaren Kampfen gegen unsern Verband. Der Vorstand des christlichen Verbandes teilt in der „Baugewerkschaft“ mit, daß Pfeffer am 8. Juni auf Antrag des Zentralvorstandes verhaftet worden ist, weil er Leistungen der in der Agitation stehenden Hilfskräfte zu seinen Gunsten geleistet hat. Der Posten soll sofort durch eine andere Kraft besetzt werden.

**„Waffen“ für die christlichen Arbeiter.**

Nach dem Streikbruch, den der christliche Bergarbeiterverband beim Streik der Ruhrkohlenbergleute verübte, empfanden natürlich die Leitung dieser Organisation und auch die anderen christlichen Gewerkschaften das Bedürfnis, die Schandtat der Streikbruchorganisation zu hemmen, und da sich der Vorwurf des organisierten Streikbruchs mit keiner Seite abwischen ließ, so kam man dazu, auch den freien Verbänden Streikbrüche „nachzuweisen“. Das Beginnen ist so einseitig, daß wir es nicht der Mühe für wert hielten, auf das zu diesem Zweck in der „christlichen Gewerkschaftspress“ und in einem Zeile der Zentrums-press veröffentlichte Machwerk einzugehen. Da sich aber die Leute offenbar etwas darauf einbilden und sich immer noch Zentrumsblätter finden, die es abdrucken, so wollen wir dazu folgendes sagen: Der Verrat des christlichen Bergarbeiterverbandes an den Ruhrbergleuten wird dadurch um kein Jota besser, daß in den letzten acht Jahren in 20 Fällen auch einzelne freiorganisierte Arbeiter zu Streikbrechern wurden. Was dem christlichen Bergarbeiterverband vorgeworfen wird, ist nicht, daß in seinen Reihen einige — oder auch einige Tausende — unaufgeklärte Männer und gewerkschaftlich noch nicht gefestigte Charaktere sind, die sich dem Grubenkapital als Streikbrecher zur Verfügung stellen, sondern daß die christliche Organisation selbst, der Gesamte Verband, die Lösung zum Streikbruch ausgegeben hat. Das ist doch etwas wesentlich anderes, als wenn sich in einem freien Verband einzelne selbstwürgliche Elemente gegen den Willen ihrer Organisation und unter der Verachtung aller ehrlichen Mitglieder zu Streikbrechern hergeben!

**Am Bau der Bagdadbahn.**

die von Kleinfain durch Mesopotamien nach Bagdad führt, haben auch Verbandsmitglieder von uns Arbeit angenommen. Einem Bericht, den einige von ihnen an den Verbandsvorstand sandten, entnehmen wir folgendes: Wir waren vier Monate an den Bahndäuten bei der Firma Hornmair & Co. in Adana beschäftigt. Da wir auf eigenes Risiko nach Adana (in Kleinfain) gekommen waren, so war es uns nicht gerade leicht, Arbeit zu bekommen. Als wir bei der Abteilung Tiefbau anfragten, wurden uns pro Tag 30 bis 35 Pfaster (1 Pfaster = 18 S.) die Arbeit gegeben. Für diesen Lohn sollten wir noch am Tunnelbau arbeiten. Das liebten wir aber ab und fragten bei der Abteilung Hochbau an. Obgleich Leute gebraucht wurden, ädgete man doch mehrere Stunden mit unserer Ein-feldung. Schließlich konnten wir aber doch anfangen. Es wurde uns aber kein fester Lohn zugesagt, sondern wir sollten „auf Leistung“ anfangen, was wir auch unter der Bedingung taten, daß uns binnen ein paar Tagen genau Bescheid gegeben werden müsse. Es wurden uns dann 40 Pfaster geboten; wir verlangten 45 Pfaster, die uns im Laufe der Woche auch bewilligt wurden. Von diesen 45 Pfastern bleiben 5 Pfaster pro Tag stehen, die bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses ausbezahlt werden. Alle vier Wochen ist Wohnung; doch ist am festgesetzten Lohn-tag das Geld nie oder doch nur höchst selten zur Stelle. Es dauert meistens drei bis vier Tage, bis die letzten Arbeiter ihr Geld haben. Die einheimischen Maurer, Rükten und Gräben, erhalten nur 20 bis 30 Pfaster pro Tag, die Hilfsarbeiter sogar nur 8 bis 10 Pfaster. Die Poliere am

Bahnbau sind meistens Italiener; auch von deutschen Bildhauern und Steinmetzen werden solche Stellen besetzt, obwohl diese von der Maurerarbeit keine Ahnung haben. Das Maurerwerk wird zumeist aus Bruchsteinen hergestellt; nur schwache Zwischenwände werden aus Beton gemacht. Mit der gewöhnlichen Maurerarbeit ist hier nicht viel los. Für Spezialarbeiten, wie Mattenlegen, Rabigen, für Stuararbeiten usw. wird nur der gewöhnliche Maurerlohn gezahlt. In Anbetracht des schlechten Klimas und der ständigen Choleraepidemie ist der Lohn hier viel zu niedrig, zumal der Lebensunterhalt, wenn man sich nicht von den landesüblichen Lebensmitteln ernähren will — was für einen Europäer fast unmöglich ist — viel teurer als in Deutschland. Fleisch ist zwar hier billiger; aber Schweinefleisch gibt es nur in den paar Wintermonaten. — Wir sind nur von Adana abgereist, weil uns, die geforderte Lohnsteigerung nicht bewilligt worden ist, und sind nach Aleppo (in Mesopotamien) gefahren. Hier sind aber die Verhältnisse noch schlechter als in Adana. Alle Bauten sind an Affordanten vergeben. Beim Arbeiterlohn wurde uns von der Firma gesagt, die Lohnbedingungen müßten wir auf der Strecke mit den Affordanten abmachen. Da wir schon wissen, wie es dort aussieht, daß der von uns geforderte überhaupt ein anständiger Lohn nicht gezahlt wird, so fahren wir gar nicht erst hin, sondern haben uns, trotz der guten Vortäuschung, zur Abreise entschlossen.

**Gliesenleger.**

**Göln.** Der Unternehmer Hub. Wolf in Lindenthal ist dem Beschluß der Schlichtungskommission, Nr. 150 an die Armen der Stadt Göln zu zahlen, nimmere bedingungslos nachgegeben. Die Sperre ist daher aufgehoben.

**Essen.** Eine der dringenden Aufgaben für die hiesigen Gliesenleger ist die Lösung der Lehrlingsfrage. Haben sich doch in den paar Jahren, seitdem die Unternehmer uns mit Lehrlingen beglücken, ganz eigenartige Zustände gebildet. Die Unternehmer nehmen die Lehrlinge, machen aber nicht über ihre Ausbildung. Haben die Lehrlinge ihre Lehrzeit, die in der Regel drei Jahre dauert, beendet und verlangen sie dann auch als Gesellen behandelt und bezahlt zu werden, so werden sie allein an eine Arbeit gestellt; fällt diese nicht zur Zufriedenheit aus, so werden sie kurzerhand entlassen. Gedanken darüber, warum die Lehrlinge nichts können, machen sich die Unternehmer nicht. Köhne von täglich 4 l im ersten Jahr, steigend bis 4 l im dritten Jahre, sind fast allgemein. Da nun die Kollegen durchweg in Afford arbeiten und die Bezahlung der Lehrlinge in der Regel den Gegnern überlassen ist, so sehen diese zu, daß sie soviel wie möglich an den Lehrlingen verdienen. Aber auch die Geschäfte haben Nutzen dabei; bekommen sie doch die Beförderung der Platten und Materialien zu den Verwendungsstellen usw. durch die Lehrlinge billig gemacht. Daß die Bezahlung der Lehrlinge für diese schweren Arbeiten sehr minimal ist, versteht sich. Es ist nur Aufgabe der Kollegen, diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu bereiten. Dazu sollen diese Zeilen beitragen. Wir müssen uns sagen, daß, wenn die Unternehmer Lehrlinge einstellen, sie diese auch zu bezahlen haben. Aber auch die Regelung der Länge der Lehrzeit und die Höhe der Bezahlung muß später unsere Aufgabe sein.

**Gelsenkirchen.** Am 10. Juni ist über die Firma Günnebeck & Co. (Zwischenmeister Jacob Weber), hier, die Sperre verhängt worden, weil die Firma sich weigert, den tariflich festgesetzten Zuschlag zu zahlen. Die Arbeit kann nicht eher wieder aufgenommen werden, bis die Firma mit den Arbeiterorganisationen verhandelt hat. Augenblicklich hat die Firma Arbeiter in Düsseldorf, Baustelle Reichholz-Elektrozitritätswerk, und in Wörbeck auf Bede's Wolfsbani.

**Gipser und Stukkateure.**

Die Sperre über den Unternehmer Sinn aus Opladen bei Göln ist aufgehoben. Der Unternehmer hat sich bereit erklärt, die gemahregelten Kollegen wieder einzustellen. Des weiteren haben Verhandlungen wegen des Tarifs für Wiesdorf-Opladen stattgefunden. Die Kollegen haben das in der Kommission vereinbarte angenommen. Damit wäre also die Bewegung Wiesdorf-Opladen erledigt. Im Laufe der Woche soll der Tarif unterzeichnet werden.

**Vom Bau.**

**Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.**

**Göln.** Ein tödlicher Bauunfall ereignete sich am 10. Juni, nachmittags gegen 3 Uhr, an dem Neubau des Realgymnasiums in Deuz. Von dem städtischen Nachrichtenanstalt wird der Vorgang wie folgt mitgeteilt: Zum Zwecke des Aufziehens von Baumaterialien stand noch ein Teil des Baugerüsts aus der Zeit, an der ein Mast, woran eine Rolle zum Aufziehen befestigt war. Dieser Mast sollte gestern von einem Zimmermann mit zwei Hilfsarbeitern abmontiert werden. Der Mast bestand aus zwei Teilen, die miteinander durch Bolzen verbunden waren. Um den oberen Teil abzuheben, mußte die Rolle an einer Gerüststange befestigt werden. Bei dieser Arbeit hat der Zimmermann unbegreiflicherweise eine Diele gelöst, die das Gerüst mit dem eisernen Dachstuhl verband, und die lediglich den Zweck hatte, zu verhindern, daß das Gerüst nach außen nachgeben konnte. Sodann hat der Zimmermann das Aufzugsseil an dem Mast befestigt, die Bolzen an dem Mast gelockert und darauf dem bedienenden Maschinenführer zugerufen, das Seil anzuziehen. Das Seil, das den oberen Teil des Mastes hielt, straffte sich infolgedessen. Dadurch bog wiederum das Gerüst sich nach außen; weil die Befestigung an dem Dachstuhl vollständig gelöst war; die in die Wand gesteckten horizontalen Gerüststangen verloren das Auf-lager, so daß die Dielelagen abdrückten mußte. Dabei ist der Zimmermann abgestürzt und tödlich verunglückt. Die beiden Hilfsarbeiter konnten sich retten, ohne Verletzungen zu erleiden, der eine durch Festhalten am Gerüst, der

andere durch Ueberbringen in das Gebäude. Der tödlich Verunglückte ist der zweizehnhundertjährige Zimmermann Paul Stengel, Tempelstraße 47 in Deub.  
Am dieselbe Zeit stürzte an einem Neubau auf der Gerolsteiner Straße ein Bauarbeiter aus beträchtlicher Höhe und erlitt so schwere Verletzungen, daß er in die Lindenburg gebracht werden mußte. — Am 11. Juni, nachmittags, fiel an dem Abruch eines Hauses an der Hohen Straße ein Teil einer Mauer herab und traf zwei dort beschäftigte Arbeiter, wodurch der eine schwer, der zweite leicht verletzt wurde. Der Schwerverletzte wurde mit dem Krankenwagen zum Bürgerhospital gebracht, während der letztere sich nach Hause begeben konnte. — Gleichfalls auf der Hohen Straße stürzte ein Arbeiter ein Teil einer Decke auf den Rücken, wodurch er so erhebliche Rückenverletzungen erlitt, daß er ins Bürgerhospital gebracht werden mußte. — Am 12. Juni, vormittags, wurde in dem Neubau des evangelischen Vereinshauses an der Nachbaberstraße ein Arbeiter von dem Treibriemen einer Maschine erfaßt, in die Maschine gedrückt und schwer verletzt. — Also fünf schwere Unfälle innerhalb dreier Tage. Wenn man will, daß sich das hiesige Gewerkschaftsamt abermals an die Stadterhaltung gewandt hat mit dem Ersuchen, praktisch gebildete Leute aus den Reihen der Arbeiter zur Kontrolle der Bauten anzustellen. Wir werden sehen, ob die vielen schweren Unfälle, die sich namentlich in den letzten Wochen hier ereigneten, die Behörden veranlassen werden, endlich den gerechten Forderungen der Bauarbeiter Gehör zu schenken.

**Grünmühlweg.** Am 10. Juni verunglückte der Bauhilfsarbeiter Hermann Lange aus Schweinsburg auf dem Fabrikbau der Firma Friedrich Frommer dadurch, daß ihm während eines Transportes von Eisenteilen beim Weichen eine Holzbohle gegen den Kopf schlug, so daß er eine Quetschung des Kopfes davontrug. Der Verunglückte wurde, nachdem ein Arzt einen Notverband angelegt hatte, in Begleitung eines Kollegen in seine in Schweinsburg gelegene Wohnung gebracht; er dürfte wohl einige Wochen arbeitsunfähig bleiben.

**Deffau.** Ein schweres Baumglück ereignete sich am 18. Juni auf dem Hammerstein Gute in Jontz, woselbst Hofmaurermeister Bergen eine Säule aufstellt. Gegen 3 Uhr nachmittags brach infolge Ueberlastung und nicht genügender Abstützung die Säule, auf der man gerade mit Steinegeben fertig war, zusammen. Zwei Maurer und zwei Arbeiter stürzten ungefähr 6 m tief herab, Steine und Balken fielen ihnen her. Der Arbeiter Reichenbach trug außer einer Gehirnerschütterung einen Armbruch und zwei Rippenbrüche davon, der Arbeiter Thiemer erlitt einen Schenkelbruch, während die Maurer Zimmermann und Mathew schwere innere Verletzungen davontrugen. A., Z. und H. wurden durch die Sanitätskolonne dem Krankenhaus zugeführt, während M. nach seiner Wohnung gebracht wurde. Das Unglück wäre nicht so schwer ausgefallen, wenn die Säule vorrichtig abgestützt wäre und mit einer Schutzvorrichtung versehen gewesen wäre. Kollegen brennt aus diesem Unglück und baut neue Abstützungen nicht so leichtfertig, mag der Polier oder Unternehmer reden was er will.

**Dortmund.** Am 11. Juni verunglückte auf der Baustelle des Unternehmers Goltmeyer an der Provinzialstraße in Lütgendortmund der Maurer Wilhelm Fris, Fris und ein anderer Kollege arbeiteten im Treppenhause. Im Begriff, einen Mauerstein aufzusetzen, stolperte er über die noch nicht ausgemauerten Balken und fiel eine Etage tiefer auf das Betagerüst. Der hinzugezogene Arzt konstatierte Rückenverletzung.

**Eisenburg.** Am 5. Juni stürzte der Maurer August Richter infolge Ueberlastens eines Wölbeisens und brach den linken Unterarm.

**Effen.** Tödlich verunglückt ist am 10. Juni ein Dekorationsmaler, der an der Dekorrenovierung in der Marienkirche in Effen-West beschäftigt war. Der Mann trat auf dem Gerüst einen Schritt und stürzte aus der beträchtlichen Höhe auf die Steinfliesen der Kirche hinab. Er war sofort tot. — Am 14. Juni stürzte ein Arbeiter am Neubau des Konsumvereins „Eintracht“ in Effen-West ab und wurde mittels Kranenmagens nach dem Krankenhaus gebracht. Das Unglück passierte, weil ein Bogen unter der Schalung nachgab. Der mit Einlampfen des Betons beschäftigte Arbeiter fiel über die 4 m hohe Etage herab. Er hatte nach einem lebenswichtigen Krankenlager eben erst die Arbeit wieder aufgenommen.

**Frankfurt a. M.** Am 10. Juni fiel am Neubau C. und A. Hofmann in der Braubachstraße der Maurerlehrling Johann Meuter aus einer Höhe von 4 m auf eine Betondecke und zog sich eine schwere Schädelverletzung zu. Meuter mußte durch die Rettungswache in seine Wohnung gebracht werden. Nachdem der Unfall geschehen war, ließ der Polier sofort die notwendigen Schutzmaßregeln treffen. Wir empfehlen der städtischen Baupolizei, ein besonders wachames Auge auf diese Baustelle zu haben, an der man schon von der Straße aus den mangelhaften Innengerüstbau erkennt.

**Samburg.** Am 10. Juni entgleiste bei dem Erdtransport beim Hofenbau ein Wagen. Der Erdarbeiter Trajowski stürzte hierbei von der Höhe mit herab und wurde erheblich verletzt. Nachdem ihn von dem dort stationierten Heilwägen ein Notverband angelegt war, wurde S. dem Hofentrassenhaus zugeführt. Die Ursache des Unfalles liegt in der Gest der bei der Galmischen Tiefbau-Gesellschaft herrschenden Arbeitsweise. — Am 11. Juni verunglückte auf Neubau in Wilhelmstraße der Zimmerer S. Ritzgens. A. kam bei der Marmarbeit mit der Hand zwischen ein Drahtseil. Hier stellte sich heraus, daß überhaupt die Firma noch nicht mit einem Verbanden beschafft hatte. — Am 12. Juni stürzte an dem Bau an der Wandeburger Gasse Nr. 162 der Maurer Hamann aus dem ersten Stock ab. S. wurde ins Krankenhaus transportiert. Das Fehlen der Abstützung sowie die an der Stelle des Unfalles fehlende Abstützung sind die Ursachen des Unfalles. — Am 12. Juni stürzte an dem Neubau Ecke Delfers Allee in Altona der Zimmermeister Binder ab. S. fiel von einer Mauer drei Stock durch die Einstülpung in den Keller. — Am 13. Juni fiel auf der Holstenbräcker in Altona der Waler Ball vom Gerüst ab. Er erlitt innere Verletzungen. — Am gleichen Tage fiel auf demselben Bau dem

Arbeiter Gieseke eine Schürze auf den Arm; B. wurde durch den Unfall arbeitsunfähig.

**Zufertberg.** Zu dem Hauseinsturz, von dem wir in letzter Nummer auf Grund von Zeitungsnachrichten kurz berichteten, wird uns noch geschrieben: Bei dem Einsturz des bewohnten Hauses wurde das ganze Mobiliar, Betten, Stühle, Schränke usw. mit in die nebenan liegende Baugruube geschleudert, die in einer Länge von 8 m und in einer Tiefe von 2 m (50 cm unter dem alten Fundament) ausgeschachtet war. Wäre der Wiesel, in dem sich unten Schaulenfer befinden, abgestieft und das Fundament flüchtig gemauert worden, so wäre der Einsturz nicht passiert. Ein großes Glück ist es, daß die Arbeiter nicht in der Grube waren; sie waren alle 16 Mann nach Steifholz gegangen. Von dem am Bau Beschäftigten wurde schon am Morgen die Wahrnehmung gemacht, daß sich Risse bildeten, was aber von den leitenden Personen nicht beachtet wurde. Als man endlich am Nachmittag, wo die Risse zu groß wurden, mit dem Absteifen anfang, war es schon zu spät. — Am 8. Juni hat sich wieder ein tödlicher Unfall zugetragen. Am Nachmittag stürzte ein Dachdeckerarbeiter vom Dach der fünften Etage des dem Urmacher Riegel gehörenden, auf dem alten Markte gelegenen Grundstückes auf den Hof. Er war auf der Stelle tot. Hatte er die von der Berufsgenossenschaft vorgeschriebeneleine und Gurtel gehabt, so wäre der Unfall wohl nicht passiert, aber es wird eben alles außer acht gelassen.

**Riel.** Ein Gerüstesturz. Am Mittwoch, 12. Juni, nachmittags, stürzte am Neubau Peimann, Eschmarchstraße, das in der dritten Etage ausgelegte Gerüst in einer Länge von circa 10 m in die Tiefe und durchschlag das im Parierre angeordnete Schutzdach. Die Steinmassen fielen in die unten befindlichen Kalkbänke. Als ein wahres Glück muß es betrachtet werden, daß die Kalkträger im Augenblick des Einsturzes gerade die Kalkbänke verlassen hatten und sich im inneren Bau befanden. Eine Minute früher und die unten befindlichen Bauarbeiter wären von den Kalk- und Steinmassen verdrängt worden. Die Ursache des Einsturzes ist folgende: Der ganze Bau wird, wie es jetzt leider vielfach Mode ist, über die Hand gemauert, die eine Ausladung von circa 55 cm bei einem Grundmauerwerk von 36 cm haben. Wenn eine wirklich praktische Bauleitung am Bau vorhanden wäre, so müßte solche Arbeit, wenn über Hand gemauert wird, rechtzeitig abgelehrt werden; dies ist nicht geschehen; auch glauben wir, daß ein sachverständiger Bauleiter solche Arbeit überhaupt nicht über die Hand mauern läßt. Aber hier scheinen Profitlust und Sparanfekt keine Grenzen zu kennen. Anstatt, daß nun der Baunternehmer Heymann mit sich über solche leichtfertige, risikoreiche Arbeitsmethode zu Rate geht, schimpft er auf die Arbeiter los mit den Worten: „Iagt diese unvernünftigen Gesellen samt und sonders vom Bau!“ Wichtig wäre es, wenn die Baupolizei derartig wenig praktisch gebildeten Baunternehmern das Handwerk legen würde; denn es ist noch gar nicht lange her, daß die Baupolizei den jetzt fertig gestellten Neubau säkagen mußte, da bei der Firma verhältnißmäßig grobe Verhältnisse vorlagen. Es scheint aber, daß die Firma Heymann gimplich dabei wegkommen ist; gehört hat man wenigstens wenig von dem Verkauf der Sache. Es wäre zu wünschen, daß die Baupolizei die von der Firma betriebene Arbeitsweise scharf ins Auge faßt. Auch muß man sich wundern, daß sich die dort arbeitenden Bauarbeiter das rühmliche Benehmen des Unternehmers noch länger gefallen lassen. Wenn dann die Bauarbeiter aus solchen Anlässen die Arbeit niederlegen, um sich vor Schaden zu behüten, dann wird ihnen Kontraktbruch vorgeworfen und mit Sperrung und Schwarzarbeit bestraft; sogar selbst dann, wenn dadurch eventuell 2000 Bauarbeiter aus Straßenpflaster gestochen werden.

**Königsberg i. Pr.** Der Neubau des hiesigen Kouriersbüros wird zum guten Teil in Eisenbeton ausgeführt. Wie an fast allen größeren Bauten, so Eisenbetonarbeiten ausgeführt wurden, passierte auch hier am 11. Juni ein größerer Unfall. Zwei Kollegen waren damit beschäftigt, einen Balken hochzumauern, der sich auf Eisenbetonbalken setzte. Die Betonbalken waren nicht genügend verankert und stürzten plötzlich mit der ganzen Last ein. Während es einem Kollegen gelang, sich durch Abpringen zu retten, wobei er sich auch ziemlich schwere Verletzungen zuzog, wurde der Kollege Reinhold frisch aus Grund und Boden von den Betonmassen fortgeschlagen. Es wird Aufgabe der Behörden sein, den Eisenbetonbauten mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit wir nicht an jehem größeren Bau Todesfälle zu beklagen haben.

**Rehja.** Am 10. Juni wurde auf einem Abruch in der Rainstraße ein Arbeiter beim Hinabschleppen eines Wagens überfahren. Er erlitt erhebliche Verletzungen. — Am 11. Juni stürzte an einem Neubau in der Reichenhainerstraße der Bauarbeiter Julius Müller beim Transport eines Kalkfasses durch einen Fehltritt circa 6 m hoch herab und erlitt dabei schwere innere und Kopfverletzungen, weshalb er in das Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am dem Neubau Ecke Brand- und Simlidenstraße fiel am 8. Juni ein Dachdecker durch den Fehltritten eine Etage hoch herab. Er erlitt einen doppelten Beinbruch und wurde in das Krankenhaus gebracht. — Beim Schließenbau in der Kaiserin-Augusta-Straße geriet am 8. Juni ein Hilfsarbeiter mit dem rechten Fuß in eine im Gang befindliche Mörtelmaschine. Er hatte mit dem Fuße die Trommel herumgedreht wollen. Dabei ist er abgerollt und mit dem Fuße zwischen die Wandung der Trommel und ein Messer geraten. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus geschafft.

**Minden i. W.** In einer Woche ereigneten sich hier drei Unfälle. Am 11. Juni stürzte der Maurer Häbel, welcher beim Abruch eines Kirchturms beschäftigt war, in einer Höhe von 17 m ab. Von außen war kein Schutzgerüst angebracht, auch war die innere Abstützung mangelhaft. Erst nach dem Unglück wurde genügend abgedeckt. Am 13. Juni wurde der Arbeiter Beneke an einem Neubau in der Lindenstraße durch einen herabfallenden Dachziegel erheblich am Kopfe verletzt. Auch hier wurde nach dem Unglück ein Schutzgerüst angebracht. Am beiden Bauten führt die Firma Schmidt & Lange die Arbeiten aus. Herr Lange ist Vorstandsmittglied der hannoverschen Bau-Berufsgenossenschaft. Der dritte Unglücksfall ereignete

sich am Kanalbau. Der Verunglückte, ein Arbeitswilliger, wurde ins Krankenhaus geschafft. Die Ursache des Unfalles konnte leider noch nicht festgestellt werden.

**Neuhaldensleben.** Am 6. Juni verunglückte auf dem Neubau Kallbergwerf Wenzelsleben unser Kollege Otto Wendhaus aus Eimerleben dadurch, daß beim Erzeugen eines Trägers vom Wagen herunterstürzte und ihn auf den Fuß fiel, was eine starke Verletzung zur Folge hatte. Wendhaus wurde ins Heimstädt Krankenhaus übergeführt. Die Arbeit wird von der Firma Pappenberg-Welsdorf ausgeführt. — Es ließ sich mit diesem Meister gut auseinandersetzen: Wenn er auf den Bau kam, war alles in bester Ordnung; wurden die Arbeiter, die er beschäftigte, wegen einer kleinen Lohnaufbesserung vorstellig, so ging das alles im guten Tone. Man wurde leicht mit dem Meister einig und die Sache hatte ihren Fortgang. Nun ist der Meister Pappenberg nach Sommerdorf verzogen, mit ihm auch der gute Geist. Zur Verwaltung seines hiesigen Geschäfts war er genötigt, einen Stellvertreter einzusetzen, den Bautechniker Fr. Riebel, einen Mann, der, wie es scheint, noch sehr wenig Umgang mit anständigen Arbeitern gepflogen hat. Fangen Leute bei ihm zu arbeiten an und erludigen sich nach dem Stundenlohn, so bekommen sie als Antwort: „Ich muß erst leben, wie gearbeitet wird.“ Meister Pappenberg hat den Neuhaldenslebener Vertrag auch für sich als rechtserbindlich anerkannt mit einem Stundenlohn von 45 Pf.; das kümmert aber den Stellvertreter nicht; am letzten Sonnabend erhielten mehrere Maurergesellen 43 und 44 Pf. pro Stunde ausgezahlt. Als die betreffenden Gesellen deswegen bei dem Techniker vorstellig wurden, bekamen sie zu hören: „Ich kann nicht mehr geben; Ihr habt immerzu gestanden und habt Euch was ergällt.“ Das entspricht aber nicht der Wahrheit. Man kann es den Arbeitern aber wohl auch nicht verbieten, wenn sie einmal von der Arbeit ausgehen und ein paar Worte miteinander wechseln. Mit den Worten „Halten Sie keine Vorträge“ werden die Arbeiter dann wieder zur Arbeit angetrieben. Auf dem neubauten Kallbergwerf Wenzelsleben hat Meister Pappenberg zwei Wohnhäuser zu erbauen. Die Arbeit wird im Submissionswege vergeben. Wie immer, so wurdet auch hier die Preise auf das äußerste Mindestmaß heruntergedrückt. Man soll augenscheinlich aus den Knochen der Arbeiter der Profit herausgeholt werden. Mit den Worten „Zimmer feste drauf, sonst bekommt Ihr ja mehr als der Meister“, verführt der Techniker, eventuelle Fehler bei der Berechnung der Arbeiten auszugleichen. Bei dem Ausschachten des Baugrundes, der aus Ton besteht und vollständig mit der Rinde losgedeckt werden muß, fragte ein Maurer den Schlosser, der die Wasserleitung legte, ob das Wasser zu gehen sei. Sofort wurde der Maurer vom Techniker angehehrt: „Halten Sie keine Vorträge, da haben Sie nichts nach zu fragen.“ Ob der Herr vielleicht noch nicht weiß, daß er für gutes Trinkwasser zu sorgen hat? Auch die Baubede entspricht nicht den Vorschriften. Fußboden ist Argus. Die Leihstine müssen oft nach Feierabend ein bis zwei Stunden länger arbeiten, aber eine kleine Vergütung wird ihnen nicht zuteil. Ob wohl da ein Begehrt mit Lust und Liebe seinem Handwerk nachgeht? Das sind Zustände, die einer gründlichen Regelung bedürfen. Wenn sich die Arbeiter darüber beschweren, werden sie gleich vom Techniker in einem Tone langgeföhren, der eines gebildeten Mannes unwürdig ist. Die Organisation der Bauarbeiter hat bereits auch hier festen Fuß gefaßt, und sie wird demnächst mit dem Techniker ein ernstes Wort reden.

**Chetode.** Am 12. Juni stürzte der Maurer Feib Riewitz am Neubau des Unternehmers Springer in der Jakobstraße aus einer Höhe von 10 m ab, wodurch er innere Verletzungen und Rippenbrüche davontrug. Er wurde per Fuhrwerk nach dem Kreis-Krankenhaus gebracht. Wer an diesem Unfall die Schuld trägt, ist noch nicht aufgeklärt.

**Necklinghausen.** Am 4. Juni fuhr an der Schleife Nr. 6 des Rhein-Gerne-Kanals eine Feldbahnlokomotive über eine ursprünglich als Laufbahn hergestellte Brücke, die aber später zum Transport der Materialien mit Weisen belegt wurde. Als die Lokomotive in der Mitte der Brücke war, brach ein Querbalken und die Maschine stürzte, indem sie sich einmal überschlug, 5,50 m in die Tiefe. Der Führer erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, dagegen kam der Geiger mit einer leichten Verletzung davon. Beide mußten mittels eines Wagens ins Krankenhaus nach Gerne gebracht werden. Der Unfall ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Brücke zu leicht gebaut und der gebrochene Balken ganz morsch war. Wo bleibt hier die Sachkenntnis und die behördliche Aufsicht? Wäre das Unglück fünf Minuten später passiert, so wären ihm noch mehrere Arbeiter zum Opfer gefallen; denn es mußten 30 bis 40 Arbeiter, die um 6 Uhr anfangen, unmittelbar an der Unfallstelle vorbeigehen.

**Mendb. Burg.** Am Donnerstag, 13. Juni, verunglückte der Zimmerer Weis dadurch, daß er in der zweiten Etage eines Privatbaues von der Leiter abstürzte. Schwer verletzt kam er nach dem Krankenhaus, wo ein Arm- und Beinbruch festgestellt wurde.

**Senftenberg.** Am 10. Juni ereigneten sich in Kaufs Grube Marienglück, sehr schwere Unglücksfälle; fünf Familienäbter, ein Polier, ein Maurer und drei Bauarbeiter, trugen gefährliche Verletzungen davon. Die Arbeiter sind der Firma Steudel-Neu-Welsow übertragen. Bei dem im Betrieb stehenden sechs-Dampfheißer machte sich eine Vergrößerung der Kanäle notwendig. Ueber den Kanälen befindet sich ein Gewölbe, wo die von dem Heißer herabfallende Schlacke lagert. Als nun durch Ausschachtung des Gewölbes die Kanäle freigelegt waren, unterließ man es, die darauf ruhende Gewölbe abzustützen. Als von den Mauern auf die Notwendigkeit von Vorstützungen regeln hingewiesen wurde, wurde den Mauern erwidert: Sie können zureiben sein, daß Sie Arbeit haben und sie sollten nur weiter arbeiten. Einen Augenblick später passierte das Unglück. Das Gewölbe stürzte zusammen und die fünf darunter beschäftigten Arbeiter wurden von der Schlacke überschüttet. Ehe man die Verunglückten befreien konnte, waren sie fast verbrannt. Sie wurden dem Krankenhaus Spremberg zugeführt, wo sie hoffnungslos darniederliegen. Zu bedauern ist, daß die Firma Steudel

zu wenig Gewicht auf die Bauarbeiterbestimmungen legt. — Wie später gemeldet wird, sind zwei der Verunglückten bereits im Krankenhaus gestorben.

**Waldenburg.** Auf dem Westflügel Neubau in der Ebnendorferstraße glichen beim Aufziehen eines Balkens zwei Zimmerleute aus und stützten ein Stodwerk tief ab. Der eine zog sich erhebliche Weichteilverletzungen zu und wurde ärztliche Hilfe in Anspruch genommen. Der andere stürzte sich beim Sturz an einem Brette festhalten und konnte so die Wirkung des Falles abschwächen und kam deshalb mit unerheblichen Verletzungen davon. — Am 11. Juni verunglückte auf einem Neubau in Königsstraße ein beim Zimmermeister Petz in Waldenburg beschäftigter Zimmergeselle. Der Verunglückte war auf einem 18 m hohen Bau mit Abstützen beschäftigt. Da kippte ein Balken um und verurteilte den Arbeiter. Dem erst 20 Jahre alten Arbeiter wurden beide Handgelenke und ein Bein gebrochen. Die Balkenlagen waren vom Keller bis unter Dach nicht abgedeckt.

## Soziales.

### Soziale Rechtspflegung.

**Sichert Euch Zugen bei Unfällen!** So oft schon die Partei- und Gewerkschaftsblätter darauf hinweisen, bei vorkommenden Verletzungen in den Betrieben den Mitarbeitern Mitteilung zu machen, kommt es immer wieder vor, daß Arbeiter, die sich irgendwo im Betriebe stark fügen oder drücken, davon den Mitarbeitern nichts sagen, weil sie glauben, die Sache sei nicht gefährlich und die Schmerzen würden durch „Einreiben“ schon verschwinden. Wie es nicht gemacht werden soll, zeigt der nachfolgende Fall des Zimmermannes Meier aus Braunauheim. Im November 1909 erlitt er im Betriebe der Streitbergbrauerei dadurch einen Unfall, daß er von Fußstahl im Rücken getroffen wurde, als er mit dessen Reparatur beschäftigt war. Er meldete diesen Unfall gar nicht erst dem Betriebe, sondern ließ sich wochenlang von seiner Frau einreiben. Eines Tages wurden die Schmerzen so stark, daß er den Arzt aufsuchen mußte. Dieser ordnete seine Lieberführung ins orthopädische Krankenhaus an, wo er einige Tage später starb. Die Leiche wurde geöffnet und der Projektor gab folgendes Gutachten ab: „Die Verletzung hat an der Wirbelsäule und in der Umgebung der Wirbelsäule Veränderungen ergeben, die sich nur aus durch einen Unfall hervorgerufen, erklären lassen.“ Jetzt erinnerte sich die Frau des erlittenen Unfalles und verlangte Hinterbliebenenrente, da der Tod ihres Mannes infolge der Verletzung durch den Fußstahl eingetreten sein müsse. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Gewährung der Rente ab, weil außer ihr Zugen, die von einer Verletzung etwas gehört hätten, nicht vorhanden waren. Die Berufsgenossenschaft wandte sich an die Brauerei mit der Frage, ob den Angaben Glauben beizumessen sei. Der Betrieb teilte darauf mit: „Da die Familie Meier als ordentlich und arbeitssüchtig bekannt sei, falls es ihr schwer, irgendwelchen Zweifel über die Richtigkeit der Angaben der Klägerin auszusprechen, um so mehr, da Meier ein tüchtiger und wahrheitsliebender Mann gewesen sei, der sehr wohl einen Unfall, der nicht zur sofortigen Arbeitsunfähigkeit geführt habe, außer acht gelassen habe.“ Der letzte Satz beweist, daß der Verstorbene leichte Verletzungen als nebensächlich behandelte. Seine Witwe muß jetzt nach seinem Tode dafür büßen. Das Schiedsgericht glaubte der Witwe nicht, daß der Verstorbene mit ihr vom Unfall getroffen habe. Im Urteil wird einfach erklärt: „Die Behauptung der Klägerin über derartige Verletzungen des Mannes im Familienkreise verdient keinen Glauben.“ Die Behauptung der Witwe, daß ihr verstorbener Mann nicht einmal zu den erwachsenen Söhnen etwas von dem Unfall erzählt hat, wird vom Schiedsgericht als Verlegenheitsausrede bezeichnet, die den Stempel der Unwahrheit trägt. Die Klägerin habe, so heißt es weiter, den angeblichen Unfall angezeigt, ohne jedoch jemals irgendeine Kenntnis von einem solchen Ereignis gehabt zu haben. Das Schiedsgericht wies die Frau ab und auch das Reichsversicherungsamt erklärte, daß nicht der geringste Anhalt dafür vorliegt, daß der Unfall stattfand, denn: „es bleibt unbedingt die wenig glaubwürdige Angabe der Klägerin übrig, die nicht für ausreißend erachtet werden kann, um daraufhin die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Entschädigung zu verpflichten.“ Hätte sich der Mann sofort nach dem Unfall, anstatt zu Hause herumzuwandern, zu einem Arzt begeben und von dem Stof Meldung gemacht, hätte die Witwe nicht nötig gehabt, sich solche Bemerkungen über ihre Angaben gefallen zu lassen. Also Kollegen, meldet auch kleinere Unfälle (Stof, Fall, Ausweichungen usw.), da ihr niemals wißt, was sich nach einiger Zeit aus solchen Stößen und Erschütterungen des Körpers entwickeln kann.

**sk. Die rechtsverbindliche Kraft „sozialer Friedensverhandlungen.“** Urteil des Reichsgerichts vom 24. Mai 1912. Die gewaltigen Wirtschaftskämpfe unserer Zeit, in denen Arbeitgeber mit Arbeitnehmern miteinander ringen, pflegen zumeist im Wege gültiger Verhandlungen an der Partei beteiligt zu werden. Nach geschlossenem Frieden hofft man dann, die Wunden seien zu sehen, die solche Kämpfe in der Regel beiden Seiten schlagen. Und wenn dann der Streit von neuem beginnt, wenn die eine Partei die getroffenen Vereinbarungen mißachtet, kann dann der andere Teil sich auf die Friedensverhandlungen berufen? Eventuell auf Unterlassung oder Schadenersatz klagen? Die Beantwortung dieser Frage hängt in erster Linie davon ab, ob derartiger gültigen Abreden überhaupt eine rechtsverbindliche Kraft innewohnt. Und dies entscheidet sich wieder danach, ob der Wille der Parteien darauf gerichtet war, einen gegenseitigen Vertrag im Rechtsinne zu schließen und ob die Personen, die zum Abschluß eines solchen Vertrages mitwirkten, zur Wabgabe einer für die anderen rechtsverbindlichen Erklärung berechtigt waren. Ferner über die Kompetenz der gegenseitigen Unterhändler ist nicht selten der Grund, weshalb solchen Friedensschlüssen die rechtsverbindliche Kraft fehlt. Ein typisches Beispiel hierfür sind die Verhandlungen, die der Hafnarbeiterverein zu Hamburg mit den Vertrags-

leuten der Arbeiterschaft zur Beilegung eines im April 1907 herrschenden Streiks der Schauerleute gepflogen hatte. Nach der Behauptung des Arbeitgebervereins gatten sich die „Delegierten“ der Arbeiterschaft verbindlich gemacht, einer noch eingehenderen Arbeitervermittlung die Basis zu empfehlen, auf welcher der Konflikt beendet werden sollte: Zusammenarbeit mit den nichtorganisierten, Unterlassung jeder Störung des Zuganges und jeder Verletzung der Zugiehenden, dafür Abschub der fremden Arbeiter. Im Oktober 1907 wurde nun in sozialdemokratischen Zeitungen vor dem Zug nach Hamburg gewarnt, und zwar, wie der Arbeitgeberverein behauptete, auf Veranlassung des Vorstandes des Hafnarbeiterverbandes; auch sollten Mitglieder des Verbandes eine Reihe Kontraktarbeiter zur Stündigung gezwungen und mit Kontrollmarken versehen haben. Die Arbeitgeberorganisation erklärte darin eine Verletzung des im April mit dem Verbanne der Hafnarbeiter und verbannten Berufsgenossen angeßlich geschlossenen „Vertrages“, der von einer nachfolgenden Versammlung der organisierten Hafnarbeiter sanktioniert worden sei. Die Unterlassungsfrage des Hafnarbeitervereins war aber vom Oberlandesgericht Hamburg abgewiesen worden, da mindestens auf Seiten der Arbeiter nicht der Wille bestanden habe, sich durch derartige Abmachungen auch rechtlich zu binden. Das Reichsgericht hatte auf die Revision des Hafnarbeitervereins das Berufungsgericht aufgehooben und erklärt, daß die abgegebenen Erklärungen nach Inhalt und Art sehr wohl als stillschweigend rechtsverbindlich genollt gewesen sein können. Es habe sich dann um vertragliche Verpflichtungen gehandelt, die von dem Verbanne durch seinen Vorstand und demnachst durch eine Mitgliederversammlung genehmigt worden seien. Nach erneuter Beweisaufnahme war aber das Oberlandesgericht Hamburg nochmals dazu gelangt, die Klage des Hafnarbeitervereins abzuweisen, und zwar schon deshalb, weil die Beweisaufnahme ergeben habe, daß die angeblichen Vertreter der Arbeiterschaft, mit denen der Hafnarbeiterverein verhandelt hatte, keinerlei Mandat von den Arbeitern gehabt hätten, für diese rechtsverbindliche Abmachungen zu treffen. Es liege aber in der Natur der Sache begründet, daß die Verhandlungsformen bei solchen großen Wirtschaftskämpfen sich an die Formen der Verhandlungen über öffentlichrechtliche Verhältnisse anlehnten: Deshalb ginge es nicht an, hier den gleichen Maßstab anzulegen, wie etwa bei Verhandlungen über eine alltägliche Abmachung zwischen zwei Geschäftleuten. Es habe darum nichts Auffassendes, daß zunächst Vorbesprechungen über einen Friedensschluß von einer persönlich einstußreichen, formell aber in keiner Weise legitimierten Persönlichkeit geführt würden. Weiter sei zu beachten, daß soziale Friedensverhandlungen auf der Arbeiterseite nach Maßgabe streng demokratischer Anschauungen behandelt zu werden pflegen, das heißt die Verbindlichkeit von Friedensvereinbarungen stets von der Genehmigung einer Versammlung abhängig gemacht werde. Alles, was der entscheidenden Versammlung vorgelegt, trage auf der Arbeiterseite einen nur vorbereitenden Charakter. Daher werde dann auch erst durch die Mitteilung der Entschließung der Versammlung an den anderen Teil ein Abschluß erreicht. Dem zuständigen Organ der Arbeiterorganisation seien die vorbereitenden Abmachungen jedenfalls überhaupt nicht vorgelegt worden. Denn die Versammlung, die tatsächlich darüber abgestimmt habe, sei eine Versammlung sowohl von organisierten als von nichtorganisierten Schauerleuten und deshalb zu einer entsprechenden Entschließung für den Verband ganz inkompetent gewesen. Der Arbeitgeberverband sei sich also von vornherein im Unklaren gewesen, mit wem er auf diese Weise kontrahiere, jedenfalls habe er nicht mit dem Hafnarbeiterverband kontrahiert und könne ihn deshalb auch nicht aus dem angeßlich getroffenen Vereinbarungen in Anspruch nehmen. Die erneut von dem Hafnarbeiterverein beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde nunmehr vom Reichsgericht als unbegründet zurückgewiesen, da jetzt festgestellt sei, daß mit dem beklagten Verbanne selbst Vereinbarungen überhaupt noch nicht getroffen gewesen seien.

## Genossenschaftliches.

**Zum neunten Genossenschaftstage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.** In Berlin wird vom 17. bis 20. Juni 1912 der neunte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagen. In den neun Jahren, die seit der Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verlossen sind, hat er auch anspruchsvollen Kritikern den Beweis für die bedeutungsvolle Wirtschaftsmacht gegeben, die in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung im Werden begriffen ist. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat nur einen Teil, allerdings den weitaus größten Teil der organisierten Konsumisten vereinigt. Seine Entwicklung begleitet die größten Zukunftshoffnungen der Konsumisten. Daß diese Hoffnungen begründet sind, mögen folgende Zahlen dazun, die die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine seit dem Jahre 1903 zeigen. Während im Jahre 1903 639 Vereine zur Verbandsstatistik berichtigten, war ihre Zahl im Jahre 1911 auf 1175 angewachsen. Im Jahre 1903 zählten die Verbandsvereine 575 000 Mitglieder, deren Anzahl im Jahre 1911 auf 1 765 000 wuchs. Im Jahre 1910 hatte sich die Mitgliederzahl bereits mehr als verdoppelt, nämlich 1 181 000 Mitglieder hatten einen Umsatz von M. 432 900 000. Das Jahr 1911 ist in der Entwicklung ebenfalls nicht zurückgeblieben; 1 300 000 Mitglieder brachten es auf einen Umsatz von M. 506 011 111. Das in den Verbandsvereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1903 arbeitende eigene und fremde Kapital betrug sich auf M. 99 000 000, 1910 war die Summe auf M. 123 000 000 angewachsen, im Jahre 1911 betrug das Kapital M. 151 580 000. Eine der Entwicklungstendenzen innerhalb des Zentralverbandes zeigt das Anwachsen der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion. Im Jahre 1903 wurden in eigener Produktion Waren im Werte von M. 14 700 000 hergestellt, 1910 war die Summe auf M. 66 000 000 angewachsen. Im Jahre 1911 wurden in

eigenen Betrieben für M. 80 700 000 Waren hergestellt. Auch der Buchwert des Grundbesitzes ist im gleichen Zeitraum gewaltig gestiegen. M. 23 000 000 im Jahre 1903 stießen M. 65 000 000 im Jahre 1910 und über M. 74 000 000 im Jahre 1911 gegenüber. Die Gesamtzahlen der Verbandsstatistik umfassen auch die Großverkaufsgesellschaften und die Arbeits- und sonstigen Genossenschaften. Will man die Bewegung der Konsumvereinsgruppe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine allein erkennen, so zeigen uns folgende Zahlen die Bedeutung rein Konsumgenossenschaftlicher Tätigkeit. Von 1142 dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften berichteten 1134 über eine Mitgliederzahl von 1 300 000, deren Umsatz M. 385 000 000 betrug. Den Mitgliedern konnten im Jahre 1911 M. 23 000 000 als Ertragsüberschüsse zurückvergütet werden. Im Jahre 1911 stieg die Zahl der Genossenschaften, die dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, um 28 pSt. Der allmähliche Rückgang in der Zunahme der Verbandsvereine, die 1904 noch 12,5 pSt. betrug, hat also auch im Vorjahre angehalten. Dieses allmähliche Herabfallen der Wachstumsziffer der Mitglieder — wohlgerne handelt es sich hier um Genossenschaften, nicht um Personen — des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat seine Ursachen zunächst in dem Umfange, daß die meisten Gegenstände Deutschlands Konsumgenossenschaftlich gefertigt sind und ein Anreiz zur Gründung neuer Genossenschaften nur in seltenen Fällen besteht; andererseits aber auch in der immer stärker einsetzenden Tendenz zur Bildung von Bezirkskonsumvereinen, die nicht nur das Entstehen neuer Genossenschaften erschweren, sondern auch vorhandene Genossenschaften durch Verschmelzungen ihrer Selbstständigkeit berauben. Im Gegensatz zur Ziffer der Verbandsgenossenschaften bewegt sich ihre Mitgliederziffer. Im Jahre 1911 betrug deren Zunahme 12,1 pSt., sie war also höher als 1910 und 1909, wo die Steigerung 11,6 und 8,9 pSt. betrug. Noch stärker als die Mitgliederzahl vermehrte sich aber der Umsatz, nämlich um 16,9 pSt. Zum Teil ist das ja auf die Preissteigerungen zurückzuführen, die im Berichtsjahre besonders stark auf Verbrauchsgüterständen der breiten Masse lasteten; aber selbst unter Berücksichtigung dieses Moments bleibt immer noch ein Saldo zugunsten der Preissteigerung, wenn man die Mitgliedersteigerung zu ihr in Parallele setzt. Die Zahl der beschäftigten Personen hat sich um 16,9 pSt. vermehrt. Der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren ist um 22,1 pSt. gestiegen. Das Gesamturteil über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine muß dahin zusammengefaßt werden, daß dem erfreulichen äußerlichen Wachstum auch eine regere Anteilnahme des Einzelmitgliedes an dem Konsumgenossenschaftlichen Zweck entspricht. Neben der Ausdehnung, die der Zentralverband deutscher Konsumvereine gewonnen, ist auch die geleistete Genossenschaftsarbeit zugleich intensiver geworden. Die Umsatzziffer von M. 201 pro Kopf ist nicht sehr hoch, doch muß beachtet werden, daß sie 1905 erst M. 221 betrug, also in fortwährender Zunahme begriffen ist. Die Durchschnittsziffer wird stark beeinflusst durch das ständige Einstromen neuer Mitglieder, die zwar nur einen Teil des Jahres laufen, bei der Berechnung aber pro Kopf voll angerechnet werden. Könnte die Statistik diese Tatsachen berücksichtigen, so würde sie in mancher Hinsicht ein günstigeres Bild darbieten.

## Polizei und Gerichte.

**Coburg.** Ein weiteres Opfer des Bauarbeiterstreiks in Coburg, der Kollege Johann Klein, war angeklagt, die „Arbeitswilligen“ Kob. Bauer, Ringgraf und Adam Untergesell beleidigt zu haben. Er soll ihnen zugerufen haben: „Na, ihr alten Spießhüben, ihr arbeitet auch?“ Der Anwalt beantragte, um die Ehre der drei Obgenannten wieder zu reparieren, vier Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilte Klein zu drei Wochen Gefängnis!!

**Vegeßack.** Zu M. 20 Geldstrafe oder vier Tagen Gefängnis wurde der Kollege Albin Mann vom Schöffengericht in Blumenthal verurteilt. Man hat in einer Notiz der „Bremer Bürger-Zeitung“ dem Privatkläger, Unternehmer Träger aus Neßum, den Vorwurf gemacht, er habe auf einem Bau Frauen im Afford beschäftigt. Affordarbeit ist im Vegeßacker Vertragsgebiet aber unzulässig. In der Gerichtsverhandlung erklärte Träger, nicht er, sondern der Bauherr habe diese Frauen beim Steineabladen beschäftigt. Die Frauen erklärten als Zeuginnen unter Eid, sie seien von Träger beschäftigt worden. Der Bauherr legte auf Grund des Bauvertrags dar, daß er habe die Steine abladen müssen. Ein Hares Bild brachte die Verhandlung nicht. Das Gericht erkannte an, daß M. bei Abfassung der Notiz im guten Glauben handelte, sprach ihr auch den Schutz des § 193 zu; Strafe müsse aber eintreten, da die Notiz zu scharf gehalten sei und über das berechtigte Maß hinausgehe.

## Zentralkrankenkasse.

### Zur Beachtung.

Die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung für das zweite Quartal dieses Jahres sind an die örtlichen Verwaltungsstellen nicht eingetroffen sein, so bitten wir um Nachschickung. Der Vorstand.

In der Woche vom 9. bis 15. Juni sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Dresden M. 400, Leipzig M. 400, Königsberg L. Fr. 300, Halle a. d. S. 200, Pöhlau 200, Tempzin 200, Gr.-Neudorf 100, Reichensachsen 100, Schwiebus 100, Worms 100, Zwenkau 100, Wölffen 50. Summa M. 2250.

Zufächte: erhielten: Elberfeld M. 500, Raibach 150, Rippoldsweiler 130, Otterberg 100, Bamme. Summa M. 980.

Altona, 15. Juni 1912.  
Fr. Kläffen, Hauptkassier, Wilschstr. 75.

### Eingegangene Schriften.

Die Schwerindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter. Nach Erhebungen im Jahre 1910, bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. XVI und 688 Seiten. Stuttgart, Metz. Schöde & Co. — Es ist ein in jeder Beziehung groß angelegtes Werk, das uns hier der Vorstand des Metallarbeiterverbandes präsentiert, ein Werk, das nicht nur gewerkschaftliche, sondern allgemein volkswirtschaftliche Bedeutung hat. Nach einem kurzen Vorwort enthält es zunächst ein kurz zusammengefasstes Kapitel über die Eigenentwicklung. Dann wird der Produktionsprozess in der Schwerindustrie, im Hüttenwerk, im Maschinenbau, im Eisenbau oder im Maschinenbau usw. beschrieben. Ein weiteres Kapitel ist der Entwicklung der Schwerindustrie in den einzelnen Landesteilen von der frühesten Zeit an gewidmet. Dann folgt ein sehr interessantes Kapitel über die Arbeiterverhältnisse der Hütten- und Bergwerke. Wir wünschen, dass dieses Kapitel, in dem das Wesen der Arbeiterverhältnisse — ihre Zusammensetzung, die Art ihres Kapitals, ihre Kapitalbeschaffung und Erhaltung (Wohlfahrt, Agio, Abschreibungen und Reingewinn, Rückstellungen, Reserven usw.) — kurz behandelt werden, von jedem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gelesen werden könnte. Darauf folgt ein Kapitel über die Rentabilität der Schwerindustrie, in dem die fünfjährigen Geschäftsergebnisse von 33 Hütten- und Bergwerken jahresmäßig dargestellt werden. Weiter wird die Wertproduktion in Hütten und in der Eisenproduktion Deutschlands dargestellt. Die Schwerindustrie nach ihrem heutigen Stande in den einzelnen Landesteilen, der Zweck der Unternehmungen, ihre Betriebsabteilungen, und ihre Produktion, die Zahl der Beschäftigten und die Arbeitszeit in den Hüttenwerken, die Löhne der Hüttenarbeiter usw. werden in den weiteren Kapiteln behandelt. Wir wünschen sehr, dass sich die Hoffnungen erfüllen mögen, denen der Vorstand des Metallarbeiterverbandes in dem Vorwort Ausdruck gibt, nämlich dass die Regierung und die maßgebenden Parteien durch das vorliegende Werk davon überzeugt werden könnten, dass die Arbeiter der Schwerindustrie eines weitgehenden gesetzlichen Schutzes bedürfen, dessen Grundzüge die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages sein muss. Nach den Verhandlungen des Reichstages ist darauf allerdings nicht sehr zu hoffen.

**Vorwärts-Bibliothek.** Unter diesem Sammelnamen erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H. Berlin SW 68, eine Serie vollständiger Romane und Erzählungen, die infolge ihres Inhalts, der guten Ausstattung und des billigen Preises allgemeine Beachtung verdienen. Während als Band I vor einiger Zeit der Roman „Erwacht“ von A. Gerz zur Ausgabe gelangte, erscheint soeben der II. Band. Er bringt eine Erzählung von Ernst Preezang, deren Inhalt kurz folgender ist: Im Mittelpunkt dieser Erzählung steht ein ideal veranlagter Arzt, dessen Patienten der Arbeiterklasse angehören. Namentlich die chemische Industrie mit ihren zahlreichen Unfällen und Berufskrankheiten stellt hohe Anforderungen an seine Arbeitskraft und seinen seelischen Gleichmut. Er kommt sich schließlich vor wie Sisyphus, der sich im Schattentriebe vergebens quält, die heisersehnten dauernden Erfolge zu erlangen. Die kapitalistische Welt hat kein Verständnis für seine hochmütigen Bestrebungen. Menschen sind ja so bittig! Er ist nahe daran, zu verzweifeln, weil sich ihm kein Ausweg aus den seelischen Nöten bietet. Ein alter Proletarier verliert es, ihm den rettenden Weg zu zeigen, hat aber nicht eher Erfolg damit, als bis die erwachende Arbeiterbewegung und ein plötzlich ausbrechender Streik auch dem Arzt die Augen öffnen und ihm den einzig möglichen Ausweg, mit harten Tatkraften demonstrieren: die Weltenerkennung zum Sozialismus, dessen sieghafte Ideen ihm neuen Lebensmut und neue Lebensfreude bringen. Der Preis des gebundenen Bandes beträgt nur M. 1. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

### Briefkasten.

Kollege oder Verbandskollege? Viele uns übermittelte Sterbeanzeigen beginnen etwa so: „Am 23. d. M. verstarb unser Verbandskollege F. S.“ usw. Das Wort „Verbands“ ist in der Regel nicht erforderlich, denn bei den Sterbeanzeigen, die im „Grundstein“ erscheinen, ist es selbstverständlich, dass es sich nur um Verbandsmitglieder handelt. Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch darauf aufmerksam machen, dass ein Mensch nicht „verstorben“, sondern einfach stirbt. Das man nicht schreiben soll: „Am 23. d. M.“, sondern: „Am 23. Juni“, haben wir wiederholt mitgeteilt. Also: „Am 23. Juni starb unser Kollege“ usw.

S. N. in Vertlinghausen. Bei Abfassung von Berichten, die zur Veröffentlichung im „Grundstein“ bestimmt sind, darf das Papier immer nur auf einer Seite beschrieben werden. Die Rückseite ist also völlig frei zu lassen.

S. S. in Birna. Es handelt sich scheinend um den Bericht von der Fabrik Goch in Seidenau. Wenn das der Fall ist, so erklären wir gern zu Deiner Genugung, dass Du sofort über den Unfall berichtet hättest. Unser Irrtum erklärt sich aus den beiden Notizen von selbst.

### Anzeigen.

#### Deutsch-Rasselwitz.

Sonntag, den 29. Juni, feiert unser Zweigverein sein

#### Sommerfest

(Ausflug nach Stubendorf i. Osterr.) Für Unterhaltung im Garten des Herrn Meißner dort ist bestens gesorgt. Hierzu sind die Mitglieder des ganzen Zweigvereins freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Das Festkomitee.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgter Todesmitteilung gemeldet wird. Die Beile folter 16 A.)

**Angsbürg.** Am 14. Juni starb unser Kollege **Joh. Meller** im Alter von 39 Jahren an Lungenleiden.  
**Berlin.** Am 5. Juni starb unser Mitglied **Otto Peschke** im Alter von 42 Jahren an einem Lungenabszess. — Am 9. Juni starb unser Mitglied **Karl Teichmann** freiwillig aus dem Leben. — Am 15. Juni starb unser Mitglied **August Wolf** im Alter von 37 Jahren an Herzschwäche. — Am 15. Juni starb unser Kollege **Heinrich Meier** im Alter von 63 Jahren an Gicht.  
**Breslau.** Am 8. Juni starb unser Kollege **Balth. Ulbrich** im Alter von 66 Jahren an Lungen-tuberkulose. — Am 9. Juni starb unser Kollege **Franz Sabisch** im Alter von 71 Jahren an Altersschwäche. — Am gleichen Tage starb unser Kollege **August Mallok** im Alter von 26 Jahren an den Folgen eines Bäumenfalls. — Am 10. Juni starb unser Kollege **Traugott Höhne** im Alter von 62 Jahren an den Folgen eines Straßeneinfalles.  
**Bromberg.** (Zahlstelle Rake.) Am 10. Juni ist der 21. Jahre alte Kollege **August Goltz** im Streite erlöchen worden.  
**Chemnitz.** Am 14. Juni starb unser Kollege **Bruno Fendisen** im Alter von 23 Jahren infolge eines Unglücksfalles.  
**Eöln.** Am 10. Juni starb unser Kollege **Josef Kluth** im Alter von 50 Jahren an Nierenbluten.  
**Darmstadt.** (Zahlstelle Weiterstadt.) Am 15. Juni starb unser treuer Kollege **H. Bergmann** im 54. Lebensjahre an Lungenleiden. — Am 16. Juni starb der Kollege **Peter Poth** im 30. Lebensjahre.  
**Dresden.** Am 18. Juni starb unser Kollege **Gustav Jähmig** im Alter von 45 Jahren an Lungen-schwindelucht.  
**Sarburg.** Am 10. Juni starb unser Kollege **Ernst Kempf** im Alter von 48 Jahren freiwillig aus dem Leben.  
**Sief.** Am 7. Juni starb unser treuer Kollege **Otto Carlson** im Alter von 54 Jahren an Lungen-entzündung.  
**Sandhof i. S.** Am 2. Juni starb unser Kollege **Jakob Schindbeck** im Alter von 61 Jahren an Lungenleiden.  
**Seipzig.** Am 11. Juni starb unser Kollege **Herm. Pleissner** im Alter von 61 Jahren an Lungenleiden. — Am 13. Juni starb unser Kollege **Herm. Giesel** im Alter von 35 Jahren an Mandel-entzündung.  
**Magdeburg.** (Zahlstelle Divenstedt.) Am 10. Juni starb nach langem Leiden unser junger Kollege **Willy Heinicke** im Alter von 20 Jahren an Lungen-schwindelucht.  
**Mainz.** Am 7. Juni starb unser Kollege **Heinrich Heuser** im Alter von 40 Jahren an Schlaganfall.  
**Milseim-Oberhausen.** Am 9. Juni starb unser treuer Mitglied **August Olsen** freiwillig aus dem Leben. Wir verlieren an ihm einen unserer ältesten und besten Kollegen.  
**München.** (Mittershofen.) Am 2. Juni starb unser Kollege **Anton Lind** im Alter von 44 Jahren an Schlaganfall. — (Schlachthaus-viertel.) Am 7. Juni starb unser Kollege **Alcis Dachsner** im Alter von 50 Jahren an Mittel-ohrenentzündung.  
**Neufels a. d. E.** Am 10. Juni starb unser Kollege **August Schentaur** im Alter von 62 Jahren an Aderverkalkung.  
**Regensburg.** Am 15. Juni starb unser Kollege **Karl Lachner** von Keilberg im Alter von 30 Jahren an den Folgen einer Kopfverletzung.  
**Senftenberg.** Am 10. Juni starben die Kollegen **Herm. Wolfram** im Alter von 38 Jahren und **Aug. Piel** im Alter von 35 Jahren an Brandwunden infolge eines Unglücksfalles.  
**Straßburg.** Am 9. Juni starb unser Kollege **Heinr. Helm** im Alter von 51 Jahren an Nierenleiden.  
**Waldenburg.** Am 13. Juni starb unser Mitglied **Herm. Thamm** in Harthau an Lungenleiden.  
**Würzburg.** (Zahlstelle Waldbüttebrunn.) Am 9. Juni starb unser Kollege **Karl Seubert** im Alter von 40 Jahren infolge eines Rabunfallles.  
 Ehre ihrem Andenken!

**August Kaufmann,** Maurer aus Mehlbach b. Kaiserslautern, Verbands-Nr. 040 841, wird seit Mitte Mai von seiner Familie vermisst. Wer irgend eine Spur von ihm kennt, möge das unserm Zweigverein Kaiserslautern, Maxenstr. 36, mitteilen. [M. 1,80]

**Wilhelm Bracker,** Maurer, geb. 9. Januar 1881 Bruder **Johannes** gesucht. In Zehoe, wird von seinem war Hamburg oder Pillau. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wollen dies dem Zweigverein Zehoe mitteilen. [M. 1,80] Der Zweigvereinsvorstand.

### Plön.

Zu dem am Sonntag, 30. Juni, nachmittags 3 Uhr, im „Solfsteinischen Haus“ stattfindenden

### \* Sommerfest \*

Label freundlichst ein. [M. 2,40] Der Vorstand.

**Gustav Zänker,** Maurer, geboren 14. Juni 1891 zu Burg b. Magdeburg, wird vom Zweigverein Grimma gesucht. Kollegen, denen der Aufenthalt Zänkers bekannt ist, werden gebeten, seine Adresse an den Kassierer des Zweigvereins Grimma, E. Norberger, Kreuzstr. 11, mitzuteilen. [M. 1,80]

### Gollnow.

Sonntag, den 30. Juni, feiert unser Zweigverein sein

### 16. Stiftungsfest

verbunden mit Preisschlessen, Vogelstechen und Caubenwerfen, wozu die umliegenden Zweigvereine freundlichst eingeladen werden. [M. 3] Der Vorstand.

### Granssee.

Sonntag, den 6. Juli, feiert unser Zweigverein im Mechtenhagen Lokale sein diesjähriges

### Sommerbergquien

bestehend in Ball und Kinderbelustigung. Hierzu sind alle Mitglieder und deren Angehörige freundlichst eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

### Hirschberg i. Schl.

Sonntag, den 30. Juni, feiert unser Zweigverein sein

### Zwölftes Stiftungsfest

im „Gerichtskreiskammer“ zu Gammersdorf, bestehend in Konzert, humoristischer Vorträge, Theater und Ball. Anfang des Konzerts 5 Uhr, des Theaters Punkt 6 Uhr. Alle Mitglieder des Zweigvereins sowie der Zahlstellen Schreiberhan und Gammersdorf sind hiermit freundlichst eingeladen. Nur Mitglieder haben Zutritt. [M. 3,90] Der Vorstand.

### Obhausen.

Sonntag, den 23. Juni, feiert unser Zweigverein im Gasthof des Herrn Müller in Schraplan sein diesjähriges

### Sommerbergquien.

Nachmittags 3 Uhr: Gartenkonzert. — Abends: Ball. Hierzu sind alle Mitglieder nebst Angehörigen auch aus der Umgegend freundlichst eingeladen. Der Festauskunft.

### Reichenbach i. V.

Sonntag, den 23. Juni, feiert unser Zweigverein sein

### 22. Stiftungsfest

im Saale der „Zehnhalle“, bestehend in Vorträgen und Ball. Nachmittags Punkt 4 Uhr: Abmarsch mit Musik vom Vereinslokal Kiessling. Hierzu sind alle Mitglieder und Gönner freundlichst eingeladen. [M. 3,80] Der Vorstand.

### Wusterhausen.

Zu dem Sonntag, den 22. Juni, nachm. 3 Uhr, im Gasthofe „Zuni Landhaus“, Am Markt, stattfindenden

### \* Stiftungsfest \*

werden alle Mitglieder nebst werten Angehörigen freundlichst eingeladen. Nachm. 1 Uhr: Versammlung. [M. 3,80] Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

### Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorbesitzer, K Kassierer, L Vereinstafel, H Bergege, B Brieftreueerhöhung wird ausgesetzt bei.)

Rötha. K jetzt Mag. Meinhardt, Schulstr. 217, 2. Et. Werden a. d. Aller. V Geinr. Schröder, Huttberger Chaussee.

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Versammlungen der Zweigvereine.

Sonntag, den 23. Juni.  
 Hintersee. Wichtige Tagesordnung.  
 Pinneberg. Abends 8 1/2 Uhr im Lokale Johs. Ziede (Berger).  
 Sonntags, den 29. Juni.  
 Würzburg. (Erb- und Hilfsarbeiter.) Vorm. 10 Uhr im „Gasthaus zum Ochsen“.  
 Sonntag, den 30. Juni.  
 Bernsee. Nachm. 2 Uhr bei Brauer.  
 Demnitzsch. Im Vereinstafel.  
 Lychen. Nachm. 4 Uhr bei Robert Dettow. E.-D.: Abstimmung über Sommerbergquien. Beschließendes.  
 Sonntag, den 7. Juli.  
 Teupliz. Nachm. 9 1/2 Uhr im Vereinstafel (Br. Deine, „Schwerm“). Wäher sind mitzubringen.